

Deutsche Umschau



Politik:

70 Jahre Charta der
Heimatvertriebenen

Hessen:

Beginn einer
neuen digitalen Ära

Kultur:

Wanderausstellung
„So geht Verständigung“

Herausgeber:



Inhalt

- 3 75 Jahre Kriegsende
- 4 Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 6 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- 10 Aussiedlerbeauftragten-Konferenz tagt in Hannover
- 11 Anerkennungsleistung für ehemalige Zwangsarbeiter
- 12 Zu Gast beim Hessischen Hauptstaatsarchiv
- 13 Zwei starke Verbände: BdV und Hessischer Städte- und Gemeindebund
- 13 BdV Hessen empfing Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
- 14 Landesbeauftragte ermutigt Verbände zu digitalen Förderprojekten
- 15 Beginn einer neuen digitalen Ära des BdV in Hessen
- 16 Neuer DEBW-Vorstand gewählt
- 17 Jahreshauptversammlung der Schlesier im Kreis Bergstraße
- 18 70 Jahre Wiesbadener Abkommen
- 19 Jahreshauptversammlung des BdV-Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg
- 19 Veranstaltungen der BdV-Kreisverbände zum Tag der Heimat
- 20 Gedenkfeier des BdV-Kreisverbandes Limburg-Weilburg
- 21 Ankunft in Nordhessen nach der Vertreibung aus dem Sudetenland
- 22 Länderbeauftragte treffen sich mit Kulturstiftung der Vertriebenen
- 23 Wanderausstellung „So geht Verständigung“
- 24 Siegbert Ortmann wird 80
- 25 Ausstellung im Haus der Heimat
- 26 Interview mit Geschichtsforscher-Ehepaar Gömpel
- 27 Termine

Titelbild

Kranzniederlegung zum 70. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Bad Cannstatt. Foto: BdV/bildkraftwerk

Angemerkt...

Verbandsarbeit in Zeiten von Corona

Für 2020 hatten wir so viele Pläne, wie wir unseren Verband auch weiterhin lebendig gestalten wollen. Doch die Coronavirus-Pandemie lässt davon vieles unrealistisch erscheinen. Viele der geplanten Projekte und Veranstaltungen konnten und können nicht durchgeführt werden, weil Versammlungsverbote bestehen und Kontaktbeschränkungen verhängt sind. Der BdV braucht aber den permanenten Kontakt zu den Menschen über Generationen und nationale Grenzen hinweg, was derzeit leider nicht geht.

Ganz konkret sehen wir die Auswirkung der Covid-19-Pandemie auch an der Herausgabe der DEUTSCHEN UMSCHAU. Auch wenn der Einsatz für lebendige Verbandsarbeit nicht weniger geworden ist, so sind den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie viele Veranstaltungen und Projekte des BdV und der Landsmannschaften zum Opfer gefallen und es gab weniger zu berichten. So hat der BdV-Landesvorstand entschieden, die Ausgaben 2/2020 und 3/2020 zusammenzuführen, in der Hoffnung auf Normalisierung und Wiederaufnahme eines möglichen, wenn auch durch die Hygiene- und Schutzmaßnahmen veränderten Veranstaltungsbetriebes in der zweiten Jahreshälfte.

Dennoch ist unsere Verbandsarbeit im Bund der Vertriebenen gerade jetzt ungeheuer wichtig. Denn die vorübergehende Einschränkung der Freizügigkeit könnte von einigen bei uns zum Nachlassen ihrer bislang so geschätzten

Aktivitäten führen. Dem muss aber unbedingt entgegengetreten werden, denn wir wollen doch ein lebendiger Verband bleiben.

Wenn wir schon durch die Pandemie gezwungen werden, erneut mit Grenzen und Isolation umzugehen und unsere so wichtigen verständigungspolitischen Reisen in die östlichen Nachbarländer nicht durchführen können, so müssen wir umso mehr über die sozialen Netzwerke den Kontakt zu unserer, vor allem jüngeren Gesellschaft suchen, um möglichen Bedrohungen von Nationalismus und Rassismus wirksam und entschieden entgegenzuwirken. Denn Katastrophen wie die jetzige mahnen uns immer wieder, in Solidarität zusammenzustehen und allen etwa aufkommenden Gefahren für unsere Demokratie mit allen uns gegebenen Mitteln abzuwenden. Wir müssen auch immer wieder an das gemeinsame Europa erinnern und uns für die Freizügigkeit und die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsländern einsetzen. Wir dürfen einfach nicht zulassen, dass zerschlagen wird, was in Europa in über 70 Jahren an Friedenswerk, Verständigung und Versöhnung aufgebaut worden ist.

In diesen schwierigen Zeiten werden wir uns von der Landesgeschäftsstelle auch künftig für die Ziele des BdV einsetzen und auch dann für unsere Mitglieder da sein. Vielen Dank für Ihre Unterstützung, auch weiterhin in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten zu unserer Gemeinschaft zu stehen.

Siegbert Ortmann



ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Innenministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siegbert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH
Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Drei Ausgaben 2020
31. März 2020, 31. August 2020 und 15. Dezember 2020

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

15. November 2020

75 Jahre Kriegsende

Wir erinnern an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten

Anlässlich des 75. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai erinnerten die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der Länder Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Hessen an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten: **„Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.“** (Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985)

Vor 75 Jahren, am 8. Mai 1945, ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Krieg brachte Tod und Vernichtung über viele Völker Europas. Grausamer Höhepunkt des NS-Rassenwahns war die Shoah, die planmäßige, systematische Ermordung der europäischen Juden. Die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland während des Krieges begangen worden sind, ist heute selbstverständlicher Bestandteil unserer Gedenkkultur. Das ist richtig, und das muss so bleiben.

Zum kollektiven Gedächtnis unserer Nation gehört ebenfalls das Bewusstsein, dass zwischen 1945 und 1949 Millionen Deutsche aus dem Osten ihre Heimat verloren haben. Der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni bringt dies beispielhaft zum Ausdruck. Es lässt sich dennoch nicht leugnen, dass die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen zu verblässen droht. Gerade in der jüngeren Generation schwindet das Wissen um die damaligen Ereignisse und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen. Wir dürfen und wollen uns nicht damit abfinden. Anlässlich des 75. Jahrestages des Kriegsendes setzen wir deshalb ein Zeichen:

- Wir erinnern an rund 15 Millionen Deutsche, unsere Väter, Mütter und Großeltern, die aus Ostbrandenburg, Schlesien, Pommern, Danzig, Ostpreußen, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa vertrieben worden sind. Im Zuge der Vertreibung der Deutschen haben sie ihre Heimat und ihr Hab und Gut verloren. Dadurch wurde das Aufbauwerk von Generationen zerstört.
- Wir erinnern an die unzähligen Opfer, die auf der Flucht vor der Roten Armee,

bei Gewaltexzessen und in Internierungslagern ums Leben gekommen sind.

- Wir erinnern an die Millionen deutscher Frauen, die vor allem im Osten Opfer von Massenvergewaltigungen geworden sind. Wir halten das Andenken an die zahllosen Mütter in Ehren, die für ihre Kinder Übermenschliches geleistet haben.
- Wir erinnern an die Hunderttausenden deutschen Zivilverschleppten, darunter zahlreiche Minderjährige, die nach dem Krieg aus den Vertreibungsgebieten in die Sowjetunion deportiert worden sind, wo viele verstarben.
- Wir erinnern an das seelische Leid, das mit dem Heimatverlust verbunden war. Es hat die Betroffenen ihr Leben lang gezeichnet und Familien traumatisiert.
- Wir erinnern an die ungeheuren kulturellen Verluste, die das Ende der jahrhundertalten deutschen Siedlungsgeschichte im östlichen Europa mit sich gebracht hat.
- Wir erinnern daran, dass die Vertreibung der Deutschen, bis heute die größte erzwungene Bevölkerungsverschiebung der Geschichte, ein völkerrechtswidriges Unrecht und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war. Diese Einschätzung steht in Einklang mit der Rechtsauffassung, die alle Bundesregierungen nach 1949 vertreten haben.

Wenn wir an die Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnern, tun wir das nicht, um deutsche Schuld zu relativieren. Wir tun es, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wohin Krieg, Hass und Gewalt führen, und damit sie begreifen, was Heimatverlust bedeutet. Denn aus der Geschichte lernen kann nur, wer die Geschichte kennt. ■



Dr. Jens Baumann
Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen



Sylvia Stierstorfer, MdL
Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene



Margarete Ziegler-Raschdorf
Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler



Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler



Heiko Hendriks
Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Ansprache des BdV-Präsidenten am 20. Juni an der „Ewigen Flamme“ in Berlin

Auf der ursprünglich für den 20. Juni geplanten zentralen Gedenkstunde der Bundesregierung im Konzerthaus Berlin waren Reden des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, der Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, sowie ein geistliches Grußwort des Regionalbischofs des Kirchenkreises Regensburg, Klaus Stiegler, vorgesehen. Wegen der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen zum Schutz vor einer Ausbreitung des Virus, musste die Veranstaltung jedoch entfallen.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius hielt an diesem Tag eine Ansprache an der „Ewigen Flamme“ in Berlin, die live online übertragen wurde:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landsleute!

Ein Dreivierteljahrhundert Frieden in Westeuropa: Das ist fast ein ganzes Menschenleben. Die Geschichte kennt nur wenig derart lange Phasen, in denen Völker und Nachbarn ohne kriegsähnliche Konflikte miteinander leben konnten. Umso dankbarer sind wir für diesen Frieden, denn wir wissen aus den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern wie unvorstellbar grauhaft Kriege, aber auch die Menschen selbst in Kriegszeiten sein können – und wir erleben das auch heute wieder, weltweit, immer und immer wieder.

Im Mai 1945 endete der von deutschem Boden ausgegangene Zweite Weltkrieg. In

Westeuropa setzte der bis heute währende Friede ein. Doch dieser Friede bedeutete nicht automatisch Freiheit und ein Ende der Gewalt: Zeitgleich fand in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa die größte Völkerverschiebung seit Menschengedenken statt: Flucht, Vertreibung und Deportation von rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Wohnungen und Häusern, Dörfern und Städten – aus ihrer jahrhundertelangen Heimat. Mehr als zwei Millionen von ihnen kamen auf der Flucht, während der Vertreibung und infolge dieses Schicksals ums Leben, überstanden die Deportation nicht oder werden für immer vermisst bleiben.

1944, als die Sowjetarmee in Ostpreußen erstmals auf das Gebiet des Deutschen Reiches vorstieß, sah man die ersten Flüchtlingstrecks mit verängstigten Menschen, die den zu erwartenden Racheakten zu entgehen versuchten. In den Jahren bis 1950 folgten Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostprovinzen, aus den kulturell gemischten Randgebieten von Böhmen und Mähren, aus den deutsch besiedelten Regionen in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Teilen der Sowjetunion.

Noch 1951 wurden knapp 9.500 heimatverbliebene Deutsche aus dem rumänischen Teil des Banats in Viehwaggons gepfercht, in eine der unwirtlichsten Regionen des Landes, die Bărăgan-Steppe, deportiert und schutzlos auf den endlosen Stoppelfeldern ausgesetzt. Über 600 von ihnen haben die anschließenden fünf Jahre nicht überlebt.

Wir blicken auch auf die Deutschen in der Sowjetunion, die schon zu Kriegsbeginn in die Verbannung kamen, deportiert und zerstreut wurden und bis weit in die 50er Jahre Zwangsarbeit leisten mussten. Im Rückblick war die Heimat für die allermeisten für immer verloren.

Rache und Vergeltung für das unter den Nazis erlittene Leid, eine fadenscheinig begründete Ordnungsmaßnahme, um ethnische Konflikte künftig zu verhindern oder einfach kalte Kalkulation im politischen Machtvakuum der End- und Nachkriegszeit: Jede nur mögliche Rechtfertigung zeigt, dass Flucht und Vertreibung damals ein Unrecht waren – und es bis heute sind, ganz gleich, wo sie geschehen. In diesem Geist fordert uns der jährlich am 20. Juni begangene nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auf, all dieser Menschen – der Toten wie der Überlebenden – zu gedenken. Wir wollen an sie erinnern. Wir wollen in Demut und Andacht von ihnen sprechen.

Und wir wollen anerkennen, dass bei den deutschen Flüchtlingen, Vertriebenen und Deportierten sowie deren Nachkommen über die letzten sieben Jahrzehnte hinweg eine Leere im Herzen unausgefüllt geblieben ist: jene Leere, die nur durch Anerkennung des erlittenen Heimatverlustes, des schmerzhaften Leids und der verlorenen Kinder, Eltern und Geschwister notdürftig gefüllt werden kann.

Den Überlebenden bin ich dankbar für die Charta der Heimatvertriebenen, die bereits

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Der 20. Juni ist seit 2015 der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Mit diesem Datum knüpft die Bundesregierung an den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen an und erweitert das Flüchtlingsgedenken um das Schicksal der deutschen Vertriebenen.

Der Gedenktag wurde durch Beschluss der Bundesregierung vom 27. August 2014 eingeführt. Am 10. Februar 2011 hatte sich die CDU/CSU/FDP-Koalition im Bundestag noch für den 5. August als Gedenktag ausgesprochen, weil an diesem Datum 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet worden war. Die Antragsteller bezeichneten dieses Dokument als „Meilenstein“ auf dem Weg zu europäischer Integration und Aussöhnung sowie als ein „Gründungsdokument“ der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits seit 2014 wird jeweils im September der Hessische und der Bayerische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation sowie der Sächsische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung begangen. Laut Kabinettsbeschluss vom 6. Februar 2017 wurde der Termin des Hessischen Gedenktages vom zweiten auf den dritten Sonntag im September verlegt.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius vor der „Ewigen Flamme“ in Berlin (Foto: BdV/Archiv)

1950 proklamiert wurde. Aus der noch frischen Erinnerung an Krieg und Vertreibung reichten sie den Völkern Europas die Hand. Mit der Zukunft im Blick wagten sie einen mutigen Schritt aus der Spirale von Rache und Gewalt heraus, deren Opfer sie selbst geworden waren.

Das erste Verpflichtungs-Bekenntnis in der Charta von 1950 lautet: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“ Die Charta der Heimatvertriebenen wird in diesem Jahr 70 – aber sie ist nicht „in die Jahre gekommen“. Sie ist ein Mahnmal der Verständigungsbereitschaft mit dem Ziel, Grenzen zu überwinden und zum Wohle des Gemeinwesens beizutragen. Sie ist eine Willensbekundung zum Frieden und steht diametral entgegengesetzt zum selbst erlittenen Leid. Und sie fordert – ebenfalls bis heute aktuell – das Recht auf die Heimat, den Schutz vor Vertreibungen und ethnischen Säuberungen als fundamentale Menschenrechte und Grundwerte, die der Friedens- und Zukunftssicherung dienen. Darauf sind wir im Bund der Vertriebenen stolz – nur ausruhen dürfen wir uns darauf nicht!

Die Charta ist uns Vertriebenen, unseren Kindern, Kindeskindern und deren

Nachkommen Verpflichtung zum grenzüberschreitenden Handeln im Sinne der Völkerverständigung und der in Freundschaft miteinander verbundenen Europäer. Die Mütter und Väter der Charta haben uns dies Dokument der Vernunft und der Versöhnung als Erbe hinterlassen. Nun ist es an uns, aber mehr noch an den jungen Generationen von heute und morgen, das Vermächtnis der Charta zu leben und so die Weitsicht der Charta zu belegen. Darum verbinden wir heute das Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung mit dem Blick nach vorne und der Zuversicht in das Verantwortungsbewusstsein der Jugend von heute. Gerade deshalb – und als Aufforderung an die nachgeborenen Generationen – muss ich angesichts dieses 20. Juni, der auch Weltflüchtlingstag ist,

fragen: Warum gibt es bis heute in Europa keine klar normierte Festlegung zur Ahndung ethnischer Säuberungen und zum Verbot völkerrechtswidriger Vertreibungen? Auch heute noch werden weltweit zu viele Menschen Opfer von gewaltsamen Vertreibungen.

Ich bitte Sie, mit mir und allen im Bund der Vertriebenen vereinten Menschen, jetzt ganz besonders an die Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung – auch in unseren Reihen – zu denken. Gemeinsam wollen wir ihr Leid und ihre Opfer anerkennen und dafür Sorge tragen, dass ihr Schicksal einen festen Platz im Erinnerungsbogen unseres Volkes findet.

Vielen Dank.

Das Mahnmal mit der Ewigen Flamme wurde 1955 von den Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen auf dem damaligen Reichskanzlerplatz (seit 1963 Theodor-Heuss-Platz) aufgestellt und von Theodor Heuss durch das Entzünden der Flamme eingeweiht.

Es handelt sich um einen Kunststeinquader mit einer eisernen Opferschale, in der eine ewige Flamme bis zur Wiedervereinigung brennen sollte. Sie wurde aber nach der Wiedervereinigung nicht entfernt, sondern als Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung erhalten.



Ewige Flamme, dahinter der Blaue Obelisk (Foto: privat)

Einer der Grundsteine unserer Demokratie

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart-Bad Cannstatt

„Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutsche Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und verkündet.“ So beginnt die Deklaration, die das Präsidium des Bundes der Vertriebenen anlässlich des 70. Jubiläums der Charta verabschiedet hat.

Diese Deklaration bringt die Weitsicht des am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt unterzeichneten Dokumentes ebenso wie noch heute offene Anliegen auf den Punkt. Verzicht auf Rache und Vergeltung, Selbstverpflichtung zur Eingliederung und zum Wiederaufbau, Recht auf die Heimat und Einsatz gegen Vertreibungen weltweit sowie „eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas“: Das sind die Werte, die einfließen in den ersten Tag der Heimat, der mit der Charta-Verkündung am 6. August 1950 vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses eingeläutet wurde – in einer Zeit, als Landsmannschaften und Landesverbände der Vertriebenen einander oft noch in Konkurrenz begegneten und der BdV als gemeinsamer Dachverband noch sieben Jahre von seiner Gründung entfernt war.

Geplante „Hommage“ an das „Grundgesetz“ der Vertriebenen

Das diesjährige Jubiläum hätte zu einer besonderen Hommage an dieses „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen und an eine der größten und erfolgreichsten jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihen – den Tag der Heimat – werden sollen. Wie 1950



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seinen Gedenkworten

sollte die Charta gemeinsam mit dem Tag der Heimat gefeiert werden. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesinnenminister Horst Seehofer sowie die baden-württembergische Ministerin für Kultur, Jugend und Sport, Dr. Susanne Eisenmann, hatten neben den BdV-Repräsentanten Dr. Bernd Fabritius – für den Bundesverband – und Iris Ripsam – für den Landesverband – ihr Kommen zugesagt. Das BdV-Präsidium, viele Vorsitzende der Landesverbände und Landsmannschaften sowie deutsche wie internationale Partner aus Politik und Kultur hatten den Termin fest im Kalender.

Doch dann machte die Corona-Pandemie sämtlichen Planungen einen Strich durch die Rechnung. Entsprechend der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und mit

Rücksicht auf die von einem Ansteckungsrisiko besonders betroffenen Gruppen musste die im Weißen Saal des Neuen Schlosses geplante Veranstaltung abgesagt werden. Alles Trachten war nun darauf ausgerichtet, das Charta-Jubiläum und den Startschuss zum Tag der Heimat dennoch angemessen, risikoarm und zumindest medial weithin sichtbar zu begehen.

Feierliche Kranzniederlegung in Bad Cannstatt

Eine feierliche Kranzniederlegung am Denkmal der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Kurpark von Bad Cannstatt – von großem Medieninteresse begleitet und filmisch dokumentiert – war die Lösung. Unweit des Kursaals, wo die Vertreter der Landsmannschaften und Landesverbände



Gruppenfoto in Corona-Zeiten (Fotos: BdV/bildkraftwerk)

auf den Tag genau sieben Jahrzehnte zuvor getagt hatten, ließen also am 5. August 2020 die höchsten Staatsämter, die Ministerpräsidenten der Länder und einige Bundesparteien sowie der Bund der Vertriebenen und viele Mitgliedsverbände Kränze zum Gedenken an dieses wichtige Ereignis sowie an die Opfer von Flucht und Vertreibung niederlegen. Worte der Würdigung fanden – in dieser Reihenfolge – die BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. Mit Franz Longin, dem Sprecher der Südmährer, und Reinfried Vogler, dem Präsidenten der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, waren mindestens zwei Zeitzeugen der Charta-Verkündung anwesend.

Iris Ripsam erinnerte an die gewaltigen Bevölkerungs- und auch demokratischen Mehrheitsverschiebungen, die es durch Flucht und Vertreibung auch in Baden-Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hatte. Für die Gründung des Bundeslandes 1952 etwa seien die Stimmen der Vertriebenen entscheidend gewesen. Gleichzeitig zeichnete Ripsam ein Bild von der materiellen Not, die damals geherrscht hatte, und verdeutlichte diese an einer Familienerinnerung: So habe ihre aus dem Sudetenland vertriebene Mutter auf der Suche nach Nahrung an einer Haustür geklopft, und eine junge Mutter habe ihr jeweils ein paar Löffel Suppe aus den bereits auf dem Tisch stehenden Tellern der Familie abgeschöpft. „Meine Mutter hat dies in ihrem Leben nie wieder vergessen“, so die BdV-Landesvorsitzende. Diese Not sowie die noch frischen Erinnerungen an Krieg und Vertreibung müssten bei der Bewertung der Charta immer mitgedacht werden.

Kultusministerin Eisenmann knüpfte inhaltlich an diese Aussagen an. Nach dem von deutschem Boden ausgehenden Zweiten Weltkrieg sei das Leid der Vertriebenen enorm gewesen. „Unrecht kann auch nicht durch Worte oder durch bloße rhetorische Betroffenheit wiedergutmacht werden. Und vor diesem Hintergrund ist der Schritt zu Versöhnung in Europa ein großer gewesen – ein so großer, dass er bis heute intensiv nachwirkt“, betonte die Ministerin, würdigte gleichzeitig die Wiederaufbauleistung der deutschen Heimatvertriebenen und dankte für den jahrzehntelangen, erfolgreichen Einsatz im Sinne der Charta.

Sie erinnerte überdies daran, dass sich das Dokument auch auf die baden-württembergische Landesverfassung ausgewirkt habe. Dort bekennt sich das Volk Baden-Württembergs „zu dem unveräußerlichen Menschenrecht auf Heimat“. Aufbauend darauf sei das Recht auf Heimat „hierzulande gelebte Wirklichkeit“ geworden, erklärte Dr. Eisenmann und verwies auf die kulturelle Vielfalt, den wirtschaftlichen Erfolg und die demokratische Stabilität des Bundeslandes im Herzen Europas, woran auch die Vertriebenen einen wichtigen Anteil hätten.

In einer thematisch zweigeteilten Ansprache gedachte BdV-Präsident Fabritius zunächst der Opfer von Flucht und Vertreibung. Das Schicksal der rund 15 Millionen vertriebenen Deutschen, von denen mehr als zwei Millionen ums Leben gekommen oder vermisst geblieben seien, bleibe eine fortwährende Mahnung, „die Zukunft vor einer Wiederholung der grausamen Ereignisse der Vergangenheit mit klugem und weitsichtigen Handeln“ zu schützen. Mit dem Ziel einer möglichst empathischen Erinnerungskultur und vor dem Hinter-

grund weniger werdender Zeitzeugen werde es immer wichtiger, individuelles Leid aus diesem Massenschicksal herauszulösen und sichtbar zu machen, so der BdV-Präsident.

Im Folgenden ging auch er auf die Entstehungsbedingungen der Charta und die Aktualität ihrer Inhalte ein, setzte aber mit der Gefahr der politischen Instrumentalisierung von Flüchtlingsströmen einen anderen Akzent. So sei es insbesondere das Ziel des sowjetischen Diktators Josef Stalin gewesen, dass die deutschen Heimatvertriebenen eine destabilisierende Wirkung entfalten mögen. Derartige Strategien seien auch heute noch zu beobachten, betonte Fabritius mit einem Blick auf die Lage an der griechisch-türkischen Grenze im Frühjahr 2020. Mit der Charta von 1950 sei jedoch ein friedensstiftendes Zeichen der Verständigungsbereitschaft ausgesandt worden, aus dem den Vertriebenen und ihren Nachkommen als Schicksalsgemeinschaft „auf alle Zeit“ Verantwortung erwächst.

Begleitende YouTube-Ausstrahlungen und Grußworte

Im Vorfeld zur Kranzniederlegung fand auf dem YouTube-Kanal des BdV die Premiere des Jubiläumsfilms „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ statt. Eindringlich werden darin die historischen Bedingungen der Charta-Entstehung charakterisiert und mit aktuellen politischen Stimmen zur Würdigung der Charta und ihrer Werte unterlegt. Unter anderem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie die Ministerpräsidenten Armin Laschet und Stephan Weil kommen darin zu Wort. Der Bundestagspräsident hatte eine eigene Videogrußbotschaft übersandt, die ebenfalls kurz vor der Kranzniederlegung über You-



Iris Ripsam, BdV-Landesvorsitzende Baden-Württemberg



Dr. Susanne Eisenmann, Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg



Siebert Ortmann, BdV-Landesvorsitzender Hessen, und Johann Thießen, Bundesvorsitzender der LmDR

Tube ausgestrahlt wurde. Auch Schäuble nimmt Bezug auf die Situation der Vertriebenen und erklärt: „Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die historische Bedeutung der Charta ermessen. Sie gilt zu Recht als einer der Grundsteine unserer Demokratie – ein wegweisendes Zeugnis menschlicher Größe, christlicher Humanität und politischer Weitsicht. (...) Ohne den Versöhnungsgedanken der Charta und den immensen Beitrag der Heimatvertriebenen zum wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes wären weder die deutsche Einheit noch die europäische Einigung möglich gewesen.“

Weitere Grußbotschaften via YouTube kamen etwa vom Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida, und dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Markus Ferber MdEP. Gaida erinnerte an das Schicksal der oft als Minderheiten in der Heimat verbliebenen Deutschen und mahnte u.a. „Früher habe ich zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen unterschieden, um zu zeigen, dass wir Teil jenes Volkes sind, das durch den schrecklichen Krieg und seine Folgen zerrissen wurde. Es ist wichtig zu erkennen, dass sowohl die einen als auch die anderen Heimatverlorene sind.“ Ferber wiederum bezeichnete die Charta als eines „der großen historischen Beispiele dafür, dass Menschen fähig sind, einander zu verzeihen und gemeinsam einen Anlauf für eine bessere Welt zu machen“.

Diese Video-Grüße ergänzen die Fülle an schriftlichen Grußworten, von denen die überwiegende Zahl bereits im DOD – Deutscher Ostdienst 3/2020 dokumentiert wurde. Hinzu kam ein besonders herzlicher Beitrag vom Komitee der Nordprovinzen Koreas und dessen Vorsitzendem Dr. Yeom, Seung Wha. Darin kennzeichnete er die Schicksalsverwandtschaft der aus den heute in Nordkorea liegenden Provinzen vertriebenen Koreanern mit den deutschen Heimatvertriebenen, insbesondere im Hinblick auf den Wiederaufbau nach Krieg und Zerstörung: „Dies ähnelt sehr Ihrer eigenen Ge-

schichte, mit der Sie einen entscheidenden Beitrag zum Wirtschaftswunder, zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur demokratischen und friedlichen europäischen Gemeinschaft geleistet haben. Sie und wir haben gleichermaßen Geschichte geschrieben“, so der Komitee-Vorsitzende.

Austausch über die Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik in Baden-Württemberg

Die Veranstaltung in Stuttgart abschließend, fand nach der Kranzniederlegung ein konstruktiver Austausch zwischen dem BdV-Präsidium, Ministerin Eisenmann und der BdV-Landesvorsitzenden Ripsam statt. Darin wurden viele Bereiche der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik in Baden-Württemberg angesprochen. Gelobt wurde seitens des Präsidiums etwa der Einsatz des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl, die Förderung der im Land ansässigen Institutionen und Organisationen sowie die Einbeziehung des Themas Flucht und Vertreibung in den Schulunterricht. Insbesondere für den letzten Punkt ging ein Dank an die Kultusministerin, die sich ausdrücklich für den Erhalt dieser Kenntnisse und Erinnerungen stark mache. Gerade auch dieses Wissen, so die einhellige Meinung, sei für ein umfassendes Verständnis der deutschen Geschichte und Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt unbedingt notwendig. ■

Marc-P. Halatsch

Grußwort von Ministerpräsident Volker Bouffier

Meine herzlichen Grüße gelten allen Mitgliedern des Bundes der Vertriebenen anlässlich der Feier „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Ich freue mich, die große Verbundenheit des Landes Hessen zum Bund der Vertriebenen ausdrücken zu können. Von Anfang an fühlte sich Hessen eng mit den Heimatvertriebenen verbunden. Ihre Erfahrungen haben die Entwicklung unseres Landes mitgestaltet und es zu dem gemacht, was es heute ist. Als gesellschaftliche Gruppe mit großem politischem Gewicht haben sie nach dem Zweiten Weltkrieg Geschichte mitgeprägt, hessische, deutsche und europäische.

1950 haben die deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart ein Bekenntnis für ein einiges Europa und für die Verständigung der Völker abgelegt, als sie die Charta verkündet haben. Sie ist bis heute Wertegrundlage und Meilenstein auf dem Weg,

Lehren aus der Geschichte zu ziehen und für eine europäische Zukunft einzutreten. Denn Flucht und Vertreibung deutscher Zivilistinnen und Zivilisten sind stets in Verbindung mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und dem Zweiten Weltkrieg zu sehen, einem Krieg, den Deutschland entfesselt und geführt hatte.

Durch ihr Engagement in den vergangenen Jahrzehnten haben die Vertriebenen Bedeutendes geleistet und sich am Aufbau eines freien und geeinten Europas beteiligt. Sensibilisiert für die Fragen des friedlichen Zusammenlebens wurden sie zu „Brückenbauern“ zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn. So konnte aus dem verantwortlichen Erinnern die Kraft für den Bau eines demokratischen, verlässlichen Deutschlands und für ein friedliches Europa gewonnen werden. Ich bin sicher, dass sie auch in Zukunft wichtige Impulse geben werden. ■



Foto: Staatskanzlei Hessen



Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen wurde am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt von 30 Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und am folgenden Tag vor dem Stuttgarter Schloss und im ganzen Bundesgebiet verkündet. Sie gilt als das Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen. In ihrem Kern enthält sie einen Aufruf zum Verzicht auf Rache und Gewalt trotz des eigenen gerade erlittenen Unrechts und ein klares Bekenntnis zur Schaffung eines einigen Europas, zur Verständigung zwischen den Staaten, den Völkern und Volksgruppen. Sie war zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung ihrer Zeit weit voraus und eine große moralische Leistung der Vertriebenen, die damals noch nicht wussten, was überhaupt mit ihnen geschehen sollte und wie es weitergehen würde. Tausende befanden sich zudem noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Aber die Charta spricht auch vom Recht auf die Heimat, als einem von Gott geschenkten Grundrecht der Menschheit, das in Bezug auf die Heimatvertriebenen bis heute nicht verwirklicht ist. Dazu heißt es: „Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.“

DEKLARATION

Vor 70 Jahren, in einer Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Not, haben wir deutsche Vertriebene und Flüchtlinge mit unseren Verbänden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verfasst und verkündet.

Darin setzten wir ganz bewusst ein national wie international sichtbares Zeichen gegen eine weitere Eskalation der katastrophalen Gewalt- und Unrechtsspirale. Diese hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begonnen und mit dem von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust sowie in der Folge mit Flucht und Vertreibung grausame zivilisatorische Tiefpunkte gefunden.

Darin legten wir den Grundstein für die Linderung unserer größten Not und stellten uns die Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands zur Aufgabe. Unsere selbst mitgestaltete Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft trug maßgeblich zur Sicherung des sozialen Friedens bei.

Darin definierten wir das Recht auf die Heimat als ein von Gott der Menschheit geschenktes Recht und gaben sowohl unserem eigenen Einsatz gegen Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit als auch dem internationalen Kampf gegen Flucht und Vertreibung eine menschenrechtliche Basis.

Darin zeichneten wir eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas, in dem allein sich das Recht auf die Heimat für alle Menschen und Völker umsetzen lassen würde. Dieser europäischen Vision galt unser Einsatz von Beginn an.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen wurde gleichsam zum „Grundgesetz“ unserer Arbeit. In der Zeitlosigkeit ihrer Inhalte hat sich diese Bedeutung bis heute erhalten. Daher bekennen wir uns auch 70 Jahre nach ihrer Entstehung zu ihren Grundsätzen und fordern:

1. Vertreibungen sind nach wie vor ein Weltproblem. Dem Recht auf die Heimat muss in Europa und weltweit auch durch strafbewehrte Vertreibungsverbote Geltung verschafft werden. Außerdem gilt es, verstärkt internationale Strategien zu entwickeln oder weiter zu fördern, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrer Heimat heute bedrohter Menschen, Volksgruppen und Völker zum Ziel haben.
2. Die grenzüberschreitende verständigungspolitische Arbeit, die wir deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch die deutschen Minderheiten in den Heimat- und Siedlungsgebieten leisten, trägt bis heute Früchte. Sie befördert den europäischen Einigungsprozess, wirkt friedens- und zukunftsichernd und hat die Vertriebenen ihrer Heimat wieder nähergebracht. Daher gilt es, politische Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Arbeit fortgesetzt werden kann.
3. Zum Recht auf die Heimat bereits vertriebener Völker und Volksgruppen, also auch der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen, aber auch von Volksgruppen, die als Minderheiten in ihrer Heimat leben, gehören Möglichkeiten, des eigenen Schicksals zu gedenken und die eigene Geschichte zu bewahren sowie die sprachliche und kulturelle Identität zu pflegen und zu erhalten. Dazu bedarf es gesicherter Rechte und einer zukunftsfesten Förderung durch die Heimatländer. Auch Deutschland kann sich hier noch stärker engagieren.
4. Unterscheiden sich auch die Umstände, so ist doch die selbst mitgestaltete Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, die für Flüchtlinge und Migranten unserer Tage Vorbildcharakter haben sollte. Wo eine aktive Beteiligung an Integrationsprozessen gefordert wird und diese einhergeht mit der heute möglichen Unterstützung zur Traumabewältigung, kann der Weg in eine erfolgreiche Zukunft am Ankunfts- und Zufluchtsort geebnet werden.

In der Umsetzung dieser Forderungen sehen wir wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung der Folgen von Flucht und Vertreibung sowie für dauerhafte Stabilität und Frieden in Europa und in der Welt.

Aussiedlerbeauftragten-Konferenz tagt in Hannover

Spätaussiedleraufnahme in Corona-Zeiten im Fokus

Auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, sowie der Beauftragten des Landes Niedersachsen für Aussiedler und Vertriebene, Editha Westmann, MdL, haben sich am 20. Juli die Beauftragten der Länder für Aussiedler und Vertriebene zu einer Fortsetzung der Beauftragten-Konferenz in Hannover getroffen.

An den Beratungen teilgenommen haben neben Editha Westmann für Niedersachsen die Beauftragten des Landes Hessen, Margarete Ziegler-Raschdorf, des Landes Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, sowie durch telefonische Zuschaltung des Freistaates Bayern, Sylvia Stierstorfer, MdL, sowie des Freistaates Sachsen, Dr. Jens Baumann.

Im Fokus der Beratungen standen die besonderen Herausforderungen der Aufnahme deutscher Spätaussiedler in Zeiten der COVID-19-Pandemie. Anwesend waren auch Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Der Bundesbeauftragte berichtete über die bisherige

Entwicklung und betonte hierbei die Fortsetzung der Aufnahme deutscher Spätaussiedler auch während Zeiten der laufenden Corona-Pandemie. Spätaussiedler genießen aufgrund ihres Kriegsfolgenschicksals eine besondere Rechtsstellung nach Art. 116 GG, die einen Zuzug aus Risikogebieten aus wichtigem Grund rechtfertigt. Dies wurde durch Beschluss des Bundeskabinetts am 1.7.2020 bestätigt. So sind im Jahr 2020 bis einschließlich Juni 1304 deutsche Volkszugehörige überwiegend aus der Russischen Föderation und aus Kasachstan als Spätaussiedler nach Deutschland zugezogen.

Erleichterung zeigten die Beauftragten darüber, dass nach anfänglichem Infektionsgeschehen in dem für das gesamte Bundesgebiet eingerichteten Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland (Niedersachsen) dort wieder Infektionsfreiheit herbeigeführt werden konnte. Derzeit sind im Grenzdurchgangslager Friedland 148 Spätaussiedler untergebracht, die dort ein mehrtägiges Aufnahmeverfahren durchlaufen. Die Beauftragten dankten den Mitarbeitern im GDL Friedland und allen Verantwortungsträgern von Bund und Ländern,

die notwendige Maßnahmen hierzu unterstützt hatten. Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat berichtete die Referentin Maria Maier-Seel in Wahrnehmung der Leitung des zuständigen Referates für Aussiedlerpolitik im BMI über das in Umsetzung befindliche Konzept der Hygienesicherung. Demnach begeben sich ankommende Spätaussiedler unmittelbar nach ihrer Einreise in eine Quarantäne, die nach den Landes-Corona-Verordnungen generell für Einreisende aus Drittstaaten vorgesehen ist. Wegen seiner aus § 8 BVFG resultierenden Verpflichtung zur Unterbringung bis zur Registrierung und Verteilung auf die Länder stellt der Bund eine Transit-Unterbringung (TU) zur Verfügung, in welcher in aller Regel eine Testung der eintreffenden Spätaussiedler erfolgt. Die unmittelbare Testung am Flughafen Frankfurt dort einreisender Spätaussiedler ist zusätzlich in Vorbereitung und soll kurzfristig begonnen werden. Für die Unterbringung wurden TU-Plätze in unmittelbarer Nähe des Flughafens Frankfurt (Hessen), in Braunschweig (Niedersachsen), in Bad Kissingen (Bayern) und Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) geschaffen;



Aussiedlerbeauftragten-Konferenz: (v.l.) Editha Westmann (Niedersachsen), Heiko Hendriks (NRW), Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Prof. Dr. Bernd Fabritius (Bundesbeauftragter), Ilja Zeider (Referent im BMI) und Maria Maier-Seel (Referentin im BMI) (Foto: Büro des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten)

weitere Plätze sind in Duderstadt (Niedersachsen) in Vorbereitung. Hierzu ist das BMI in enger Abstimmung mit Verantwortlichen vor Ort. Die Einrichtungen zur Transitunterbringung werden als Quarantäne-Einrichtungen betrieben; Kontakt der eintreffenden Personen mit dem örtlichen Umfeld ist daher weitgehend ausgeschlossen. Nach Quarantäne und Negativ-Testung erfolgt dann eine Aufnahme im GDL Friedland, wo in wenigen Tagen die Aufnahmeverfahren abgeschlossen werden und die Weiterreise zum neuen Wohnort in Deutschland möglich ist.

Zur Vermeidung einer Überlastung vorhandener TU-Kapazitäten forderte die Beauftragten-Konferenz alle Verantwortungsträger in Bund und Ländern sowie von gesellschaftlichen Organisationen auf, bei der Bereitstellung weiterer TU-Plätze konstruktiv mitzuwirken. Sie dankten dem BMI für die Unterstützung bei Ertüchtigung und Umbau

bisher nicht genutzter Liegenschaften (Hotels, Heime und dergleichen) zur Nutzung als TU-Einrichtung. Gleichzeitig forderten die Beauftragten die Selbstorganisationen der deutschen Spätaussiedler Deutschland sowie der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten auf, die Aussiedleraufnahme unter den gegebenen besonderen Herausforderungen nach Kräften zu unterstützen.

Im Herkunftsgebiet ist entsprechende aktuelle Beratung Betroffener über das Infektionsgeschehen und die Möglichkeit einer COVID-19-Testung vor Ort hilfreich. Ein aktueller Negativ-Test (nicht länger als 48h vor Zuzug) kann nach den zu beachtenden Quarantänebestimmungen der Länder eine Überlastung der TU-Kapazitäten verhindern. Auch kann eine von bereits in Deutschland lebenden Verwandten und Bekannten am neuen Wohnort organisierte Quarantäne-Möglichkeit die Überlastung staatlicher TU-Plätze vermeiden. ■

Voraussetzungen zur Aufnahme als Spätaussiedler

Spätaussiedler sind nach der gesetzlichen Definition des Bundesvertriebenengesetzes deutsche Volkszugehörige, die die Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und sich innerhalb von sechs Monaten in Deutschland niedergelassen haben. Sie können nur dann als Spätaussiedler in Deutschland aufgenommen werden, wenn sie sich in ihrer Heimat zum deutschen Volkstum bekannt haben. Zudem müssen sie die Fähigkeit zu einem einfachen Gespräch auf Deutsch nachweisen. Für die Durchführung des Verfahrens zur Aufnahme und Verteilung der Spätaussiedler ist das Bundesverwaltungsamt zuständig. www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/kriegsfolgen/spaetaussiedler/spaetaussiedler-node.html

Anerkennungsleistung für ehemalige Zwangsarbeiter

Bitte teilen Sie Ihre Erfahrungen mit uns!

Auf Beschluss des Deutschen Bundestags trat am 1. August 2016 die Richtlinie über eine einmalige finanzielle Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter in Kraft. Personen, die wegen ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit während oder nach Ende des Zweiten Weltkrieges für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mussten, konnten bis zum 31. Dezember 2017 beim Bundesverwaltungsamt einen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2.500 Euro beantragen. Um der Öffentlichkeit vom Erfolg der Richtlinie, aber auch von den Einzelschicksalen Betroffener berichten zu können, bittet der Bund der Vertriebenen nun Antragsteller von damals um ihre Erfahrungen.

Bis Juni haben nahezu 40.000 Betroffene eine Anerkennungsleistung erhalten. Das heißt auch: 40.000 konkrete Einzelschicksale, die sich hinter der Zahl und dem abstrakten Begriff „Zwangsarbeit“ verbergen. Der Bund der Vertriebenen sucht Empfänger der Anerkennungsleistung, die über ihre Erfahrungen mit dem Antragsverfahren, aber auch über ihr Schicksal und ihre Zwangsarbeit berichten können.

Haben Sie die Anerkennungsleistung für Ihr Zwangsarbeiterschicksal in Höhe von



August 1947: Frauen und Mädchen, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft kamen, im Heimkehrlager Polte Nord, wo sie nach 14-tägiger Quarantäne in ihre Heimatorte entlassen wurden. (Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1983-0422-308 / Donath, Otto / CC-BY-SA 3.0)

2.500 Euro beantragt? Wir bitten darum, in Ihren Antworten auf folgende Fragen einzugehen:

- Wo haben Sie gelebt, als Sie zur Zwangsarbeit verpflichtet bzw. deportiert wurden? Wo mussten Sie die Zwangsarbeit leisten?
- Welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht? Wie haben Sie in dieser Zeit gelebt, wie sah der Alltag aus?
- Wie hat sich Ihr Umfeld nach der Rückkehr aus der Zwangsarbeit Ihnen gegenüber verhalten? Und wie der Staat, in den Sie zurückkehrten?

- Welche Bedeutung hat diese symbolische Anerkennungsleistung über die finanzielle Zuwendung hinaus für Sie persönlich? Wie haben Sie von der Anerkennungsleistung erfahren? Haben Sie die erhaltene Zuwendung für eine besondere Gelegenheit verwendet, von der Sie berichten möchten?
- Wären Sie auch bereit, als Zeitzeuge/Zeitzeugin einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten?

Bitte informieren Sie uns:

BdV – Bund der Vertriebenen

Xenia Buchholz

Pressehaus 4204

Schiffbauerdamm 40

10117 Berlin

E-Mail xenia.buchholz@bdvbund.de

Hinweis:

Ihre Daten und Einsendungen werden wir selbstverständlich im Sinne der geltenden Datenschutzrichtlinien verwenden. Unsere komplette Datenschutzerklärung ist auf der Internetseite des Bundes der Vertriebenen einsehbar. Sollten wir Sie namentlich zu Wort kommen lassen oder als Zeitzeugen/Zeitzeugin für unser Zeitzeugenprogramm ansprechen wollen, werden wir zuvor eine gesonderte Einverständniserklärung von Ihnen einholen.

Der Bund der Vertriebenen in Hessen

Ein interessanter Verband für das Hessische Hauptstaatsarchiv

Bei der Begegnung im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden am 13. Juli 2020 waren sich Siegbert Ortmann, Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, und Prof. Dr. Andreas Hedwig, Präsident des Hessischen Landesarchivs, einig: Die Förderung von Erinnerungskultur und die zeitgemäße wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Spätaussiedler können nur in Kooperation gelingen.

Migration und Integration sind aufgrund der Entwicklung Europas zu einer bedeutenden Wanderungsregion auch in Deutschland zu wichtigen Forschungsthemen geworden – jüngst auch bedingt durch die sogenannte europäische Flüchtlingskrise der Jahre 2015/16, so Prof. Dr. Andreas Hedwig. Der Präsident des Hessischen Landesarchivs betonte zugleich, dass die Fragestellung in der Forschung stets dem aktuellen Zeitgeist geschuldet, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser komplexen Thematik jedoch keineswegs ein neues Thema sei. Allein das Land Hessen verzeichnete in der Nachkriegszeit 1,2 Millionen deutsche Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus dem europäischen Osten.

Dr. Johann Zilien, wissenschaftlicher Archivar im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, präsentierte den Ist-Stand der Quellenlage in Hessen und bestätigte aufgrund der ermittelten Quellenlage, dass bereits in den 1980er/90er Jahren die Geschichte der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 im Fokus des

hessischen Archivwesens und der historischen Forschung stand. Auf Anregung der Vertriebenenverbände rief die hessische Landesregierung 1988 eine Forschungskommission ins Leben, in der sich Geschichtswissenschaftler und Archivare zusammenfanden. Seitens der Archive entstand bis 1992 das Inventar „Quellen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen“ als erster Band einer spezifischen Schriftenreihe zu dieser Thematik.

Auf fast 700 Seiten gibt dieser Band umfassend Auskunft über die archivalischen Quellen in den öffentlichen Archiven Hessens. Auf der Grundlage dieser Quellenforschung entstanden zwischen 1993 und 1998 fünf geschichtswissenschaftliche Arbeiten, die sich unterschiedlichen Facetten der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen annahmen. Dr. Zilien führte fort, dass bei der Quelledurchsicht deutlich wird, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema in den 1990er Jahren aufhörte: „Das Bewusstsein für das Thema der Heimatvertriebenen ist aktuell weniger präsent. Jedoch liegt heute die Chance, diese Thematik im großen Rahmen wieder her-



V. l.: Dr. Nicola Wurthmann (Ltd. Archivdirektorin), Prof. Dr. Andreas Hedwig (Präsident des Hessischen Landesarchivs), Rose-Lore Scholz (Kulturreferentin des BdV-Landesvorstandes), Siegbert Ortmann (Vorsitzender des BdV-Landesverbandes), Jolanta Lemm (Geschäftsführung des BdV-Landesverbandes), Dr. Johann Zilien (wissenschaftlicher Archivar), Agnes Maria Brüggling-Lazar (Kulturreferentin in der BdV-Landesgeschäftsstelle); (Foto: Hessisches Hauptstaatsarchiv)

vorzuheben. Was ist ‚damals‘ bei der Integration der Heimatvertriebenen gut/schlecht gelaufen? Was kann die heutige Gesellschaft daraus lernen und was lässt sich auf die heutige Migrations- und Integrationsdebatten übertragen?“, so Prof. Dr. Andreas Hedwig. Dem stimmte die BdV-Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz zu und betonte die enorme Relevanz einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung an den Universitäten und – damit zusammenhängend – eines nachhaltigen Wissenstransfers.

Auch der BdV-Landesverband Hessen verfügt über ein Archiv mit hochspannenden Dokumenten, darunter auch Film- und Fotobestand. Die Leiterin des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, Dr. Nicola Wurthmann, sicherte dem BdV-Landesverband Hessen eine beratende Unterstützung bei der Autopsie des Archivs im Wiesbadener Haus der Heimat und ggf. eine Übernahme von Teilen des Bestandes zu. „Der BdV-Landesverband Hessen ist ein interessanter Verband für uns“, so der Präsident des Hessischen Landesarchivs. So ist nicht verwunderlich, dass die Begegnung mit dem Vorhaben einer gemeinsamen Veranstaltung endete. Ein Rundgespräch zur universitären und universitätsnahen Geschichts-, Migrations- und Integrationsforschung soll in Kooperation mit dem BdV-Landesverband Hessen und dem Hessischen Hauptstaatsarchiv demnächst stattfinden. ■

Das **Hessische Hauptstaatsarchiv** in Wiesbaden ist die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur hessischen Geschichte seit 1945 und zur NS-Zeit. Neben den Unterlagen zu Entnazifizierungsverfahren und Entschädigungen sind hier das Archivgut der hessischen Ministerien sowie aller Behörden, Gerichte und staatlichen Einrichtungen mit Zuständigkeit für ganz Hessen einsehbar. Als historisches Archiv steht die Überlieferung aus dem Gebiet des Herzogtums Nassau, der Landgrafschaft Hessen-Homburg, der Reichsstadt Wetzlar sowie des Regierungsbezirks Wiesbaden allen Interessierten offen. An nachgeordneten staatlichen Dienststellen ist das Hauptstaatsarchiv zuständig für die kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden sowie den Hochtaunuskreis, den Lahn-Dill-Kreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Kinzig-Kreis, den Main-Taunus-Kreis und den Rheingau-Taunus-Kreis.

Hessisches Hauptstaatsarchiv

Mosbacher Straße 55 Telefon 0611/881-0 | Telefax 0611/881-145
65187 Wiesbaden E-Mail wiesbaden@hla.hessen.de

Zwei starke Verbände für mehr Geschichtsbewusstsein in den Kommunen

Die Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB) mit ihrem Sitz in Mühlheim am Main ist landschaftlich schön und ruhig gelegen. Im Innern des Gebäudes herrscht reges Treiben. Es wird schnell deutlich, dass der HSGB der mitgliederstärkste kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Kommunen in Hessen ist und die Geschäftsstelle zahlreiche Büroräume und eine große Belegschaft beherbergt. Davon ließ sich der BdV-Landesverband Hessen, vertreten durch den Vorsitzenden Siegbert Ortmann und die Kulturreferentin Rose-Lore Scholz, beim Besuch am 14. Juli 2020 überzeugen. Johannes Heger, Geschäftsführungsmitglied des HSGB, führt näher aus: „Dem HSGB gehören 400 Kommunen als Mitglieder sowie über 100 kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts (z. B. Zweckverbände) als außerordentliche Mitglieder an.“

Rose-Lore Scholz legte den Fokus bei dem Gespräch in Mühlheim am Main auf die

sogenannten Heimatstuben: „Die Heimatstuben sind ein besonderes Kulturgut der jüngeren Geschichte. Sie zeigen u.a. die gelungene Integration der Heimatvertriebenen in Hessen auf. Sie sind ein Teil der Stadtgeschichte! Dies wirkt identitätsstiftend für die Bevölkerung in den Städten und Gemeinden“, so Scholz. Der BdV-Landesverband Hessen zielt bei dem Treffen auf die Unterstützung bei der Sicherstellung der Heimatstuben auf kommunaler Ebene ab. Ortmann betonte: „Es ist uns wichtig, das Bewusstsein zur Erinnerungskultur in den Städten und Gemeinden zu wecken.“ Heger, der selbst sudetendeutsche Wurzeln hat, bestätigte die Relevanz der Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft und führte aus, dass die Integration von Heimatvertriebenen und deren Mitwirkung für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg von enormer Bedeutung sei. Der BdV-Landesverband Hessen und der



V.l.: Johannes Heger (Geschäftsführung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes), Rose-Lore Scholz (Kulturreferentin des BdV-Landesverbandes) und BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann (Foto: BdV Hessen)

Hessische Städte- und Gemeindebund beschlossen bei dem Treffen, das Bewusstsein für die Geschichte der Heimatvertriebenen in den Kommunen und Städten gemeinsam zu fördern. ■

Auf der Suche nach Schnittstellen

BdV Hessen empfing Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Auf Initiative des Landesvorsitzenden des BdV in Hessen, Siegbert Ortmann, kam es kürzlich im Haus der Heimat in Wiesbaden zu einem Treffen mit Vertretern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. in Hessen unter Leitung seines Vorsitzenden, Staatsminister a.D. Karl Starzacher. Es war der erste Gedankenaustausch dieser Art zwischen den beiden Verbänden und so ging es vornehmlich um das persönliche Kennenlernen der Teilnehmer und die Darlegung der beiderseitigen Verbandsziele. Dabei stehe beim Volksbund vor allem die Umsetzung des staatlichen Auftrages, für den Erhalt und die Pflege der Kriegsgräber im In- und Ausland zu sorgen und diese als Mahnstätten bleibend zu erhalten, auf ihrer Agenda, während der BdV die Pflege, Bewahrung, Weiterentwicklung und Verbreitung des Kulturgutes der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler als Bestandteil der gesamten deutschen Nation als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehe. Beide Zielrichtungen für eine Erinnerungs- und Gedenkkultur in unserem Land dienten dem Ziel, so war die einhellige Meinung, sich gemeinsam für den Frieden in Europa

einzusetzen und die Verständigung und Versöhnung bei den Völkern Europas fortwährend und generationenübergreifend anzumahnen. Die gemeinsame Durchführung von Wanderausstellungen biete sich für eine Zusammenarbeit ebenso an, wie eine gemeinschaftlich orientierte Öffentlichkeitsarbeit, angefangen von Überlegungen zu einer Namensänderung bis hin zum aktuellen Internetauftritt, so die Verbandsvertreter. Für den BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann stellen auch der permanente Einsatz gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Durchführung von verständigungspolitischen Seminarreisen nach Ost- und Südosteuropa Schnittstellen für gemeinsame Aktivitäten dar. Vorsitzender Karl Starzacher verwies nach der Suche über Lösungsansätze gegen den beiderseitigen Mitgliederschwund darauf, vor allem auch die jüngere Generation in die europäische Friedensarbeit dieser Verbände einzubinden.

Schließlich waren sich alle einig, dass dies sicherlich nicht der letzte Gedankenaustausch über die Suche nach gemeinsamen Schnitt-



V. l.: BdV-Geschäftsführerin Jolanta Lemm, stv. BdV-Landesvorsitzender Wilhelm Beer, stv. Volksbund-Vorsitzender Eberhardt Luft, BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Volksbund-Landesvorsitzender Karl Starzacher, Volksbund-Projektleiter Dr. Götz Hartmann, BdV-Landesvorstandsmitglied Johann Thießen und Volksbund-Geschäftsführerin Viola Krause (Foto: BdV Hessen)

stellen in der beiderseitigen Verbandsarbeit gewesen sei. Den Abschluss bildete ein Rundgang durch die aktuelle Sonderausstellung im Haus der Heimat über die deutsch-tschechischen Beziehungen mit dem Titel „So geht Verständigung – dorozumeni“. ■

Arbeit für Heimatvertriebene geht weiter

Landesbeauftragte ermutigt Verbände zu Förderprojekten, die digital umsetzbar sind

Traditionell kommen die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im Lande Hessen im Rahmen des jährlich stattfindenden Hessentages zum „Tag der Vertriebenen“ zusammen. In diesem Jahr war dieser Tag mit seinem großen Brauchtumsnachmittag des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bad Vilbel geplant. Die Kontaktbeschränkungen in der aktuellen Situation haben viele Pläne durchkreuzt. Wegen der Absage des Hessentages konnte dieses Treffen, wie viele weitere Festveranstaltungen, in diesem Jahr nicht stattfinden.

Der „Tag der Vertriebenen“ ist bis heute fester Bestandteil des einwöchigen Landesfestes. „Auch in diesem Jahr hätten wir uns wieder auf die persönliche Begegnung und ein buntes, abwechslungsreiches Programm der Tanz- und Musikgruppen der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände beim Brauchtumsnachmittag gefreut – all dies ist in diesem Jahr leider nicht möglich“, bedauert die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf. Auch ihre sonst übliche öffentliche Sprechstunde auf dem Hessentag konnte nicht wie gewohnt stattfinden. Wie die Landesbeauftragte mit Nachdruck versichert, ist sie und das Mitarbeiterteam ihrer Stabsstelle gleichwohl aktiv und steht selbstverständlich auch unter schwierigen Bedingungen für die Anliegen der Heimat-

vertriebenen und Spätaussiedler bereit. Die Landesbeauftragte betont: „Auch wenn die letzten Wochen der Covid-19-Pandemie das öffentliche Leben zum Stillstand gebracht haben, geht die Arbeit in meiner Stabsstelle sowohl im Homeoffice als auch in gewohnter Büroarbeit weiter.“

So habe es inzwischen auch wieder erste Gesprächstermine unter Einhaltung des Abstands- und Hygienegebots gegeben, unter anderem mit dem BdV-Landesverband zum Thema „Ist-Stand der Heimatsammlungen/-stuben in Hessen“ sowie Möglichkeiten zur Bewahrung des Bestandes und der Gewährung der öffentlichen Zugänglichkeit. Die Sicherung und Virtualisierung der Heimatsammlungen sei ebenfalls Thema einer Tagung mit Video-Konferenz der Landesbeauftragten und ihrer Länderkollegen bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bonn gewesen.

Größere Veranstaltungen, Landesverbandstage, Gedenkfeiern müssten jedoch in diesem Jahr wegen der Kontaktbeschränkungen bis auf Weiteres abgesagt werden. Das Jahr 2020 sei ein besonderes Gedenkjahr und hätte ein Jahr der Begegnung, der gemeinsamen Erinnerung und des Ausblicks in die Zukunft werden sollen. Dies betreffe das Gedenken an „75 Jahre Flucht und Vertreibung“, an „70 Jahre Wiesbadener

Abkommen“ und die Feier zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Der hessische Landesverband der Landsmannschaft Schlesien begehe in diesem Jahr den 70. Jahrestag seiner Gründung und die Patenschaft des Landes Hessen über die Landsmannschaft Weichsel-Warthe bestehe seit nunmehr 30 Jahren. „Auch zu diesen Ereignissen waren Veranstaltungen vorgesehen, um diese Jubiläen angemessen zu begehen. Leider müssen auch diese Termine verschoben werden oder womöglich ganz entfallen. Um die Anlässe unter den gegebenen Umständen in angemessener Weise zu würdigen, ermutige ich dazu, entsprechende Festschriften und Chroniken mit den besonderen Bezügen zu Hessen, vielleicht auch Lieder- und Geschichtenbücher zu veröffentlichen, welche von Seiten der Stabsstelle gefördert werden können“, erklärt die Landesbeauftragte.

Neue digitale Möglichkeiten erlauben es, Veranstaltungen auch virtuell durchzuführen. Der „Virtuelle Heimattag“ der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl, der am Pfingstwochenende stattgefunden hat, ist dafür ein beeindruckendes Beispiel. Normalerweise treffen sich die Siebenbürger Sachsen an Pfingsten in ihrer Partnerstadt Dinkelsbühl in Bayern. In diesem Jahr wurde das Heimattreffen kurzerhand ins Internet verlegt, was großen Zuspruch gefunden hat. Das beweist, dass sich unsere Verbände nicht entmutigen lassen, neue Wege suchen und Kontakt und Austausch online anbieten. „Wir müssen kreativ sein in diesen schwierigen Zeiten und andere Formen des Gedenkens entwickeln. In diesem Sinne eröffnet die Digitalisierung neue Möglichkeiten der Partizipation, des Erinnerns und Gedenkens. So lädt zum Beispiel der BdV Hessen zu einer virtuellen Ausstellung ein. Ich bin sehr froh und dankbar, wenn in Zeiten des Corona-Virus solche Lösungen gefunden und genutzt werden. Bei der Beratung über Fördermöglichkeiten steht meine Stabsstelle gerne bereit. Nutzen wir die Möglichkeiten, die sich eröffnen. Natürlich geht trotz alledem nichts über die Momente der persönlichen Begegnung! So freuen wir uns alle schon jetzt auf ein Wiedersehen mit Gespräch und Austausch bei entsprechender Gelegenheit“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend. ■



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem Hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth (Foto: LBHS)

Ein Virus als Ansporn zu Digitalisierung

Beginn einer neuen digitalen Ära des BdV in Hessen

Während unser althergebrachtes BdV-Verbandsleben ruht, lebt das virtuelle geradezu auf. Die Corona-Krise befördert die Digitalisierung bei unserer Alltagsarbeit in der Landesgeschäftsstelle. Homeoffice und digitale Vereinsaktivitäten gehören zum Alltag, aber was wird davon bleiben? Seit März 2020 haben die meisten Mitarbeiterinnen im Homeoffice gearbeitet und ihr einmütiges Urteil dazu: Nicht nur die moderne Technik funktioniert einwandfrei, auch die damit einhergehenden neuen Arbeitsweisen waren erfolgreich. Videokonferenzen nicht nur auf Vorstandsebene, sondern auch bei der notwendigen Kommunikation im Personalbereich weiß man jetzt zu schätzen und dieses Experiment signalisiert geradezu das „Weiter so“ in die digitale Zukunft.

Auch der Ausstellungsbetrieb im Wiesbadener Haus der Heimat fällt durch die Corona-Krise in eine kritische Zeit und erfordert neue Maßnahmen. Als Beispiel ist die Wanderausstellung des Sudetendeutschen Rates „So geht Verständigung – dorozumění – That's how to communicate“ zu nennen, die am 16. Juni 2020 analog eröffnet wurde: „Aufgrund der aktuellen Hygiene- und Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus finden wir uns hier physisch in einem kleinen Kreis vor. Wir möchten allen, die heute nicht teilnehmen können, die Möglichkeit anbieten, am heutigen Eröffnungsprogramm auch virtuell teilzunehmen“, so die BdV-Landeskulturreferentin und Vorstandsmitglied Rose-Lore Scholz. Die dreisprachig konzipierte Ausstellung wurde mit einer digitalen Vernissage sowie einem virtuellen Rundgang ver-

bunden. Somit wurde die Ausstellung zu einem Begegnungsraum von symbiotischen Kommunikationsformen – analog und digital. Siegbert Ortmann, Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Hessen, wandte sich in seiner Eröffnungsrede sowohl an die anwesenden Gäste als auch an die Zuschauer von nah und fern und besiegelte wortwörtlich diese Symbiose. Seit dem 22. Juni 2020 ist das hochkarätige Eröffnungsprogramm auf der Videoplattform YouTube abrufbar und steht zahlreichen Interessierten jederzeit zur Verfügung. Die virtuelle Vernissage erwies sich hierbei als eine wunderbare Ergänzung des bestehenden Kulturangebots des BdV-Landesverbandes Hessen. Näheres hierzu im Bericht auf Seite 23.

Obwohl der physische Besuch vor Ort durch nichts zu ersetzen ist, schaffen virtuelle Eröffnungen und multimediale Projekte doch ein ganz eigenes Erlebnis der digitalen Kulturvermittlung. Wohl nie war das Thema der Digitalisierung aktueller als im Angesicht der Corona-Krise, aber auch schon vor Covid-19 gab es Kulturangebote beim BdV-Landesverband Hessen, die in die digitale Welt übertragen wurden: Ende 2019 startete das mediale Projekt CULTURE TO GO. Es handelt sich hierbei um einen kulturhistorischen YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes Hessen. Auf dem Kanal geht es um die Geschichte und Kultur jener Gebiete im östlichen Europa, in denen früher Deutsche gelebt haben bzw. heute noch leben, aber auch um einen zukunftsorientierten Blick auf die gemeinsame europäische Geschichte. Auf dem Kanal wird es in naher Zukunft themenbezogene Beiträge



BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann

geben, die jederzeit und weltweit abrufbar sind. Aktuell sind zwei Rubriken in Arbeit: In der Kochvideo-Reihe bringen Zeitzeugen leckere Rezepte mit und erzählen dabei Biographisches. Die Nutzer erfahren dabei Wissenswertes über schlesische, preußische oder mährische Kochtraditionen, aber auch über die persönlichen Erlebnisse der (Nach-) Kriegsgeneration. Die „kleine Geschichte“ wird hier zu einer bereichernden Zutat der „großen Geschichte“ mit einer abschließenden Botschaft an die Jugend. Die Zeitzeugin Hannelore Neumann appelliert an die Menschen: „Schätzt diese Freiheit, die wir hier in der Demokratie haben. Schätzt die Werte der Demokratie!“

In der Reihe „Wiesbadener Vertriebenengeschichten“ werden Betriebe und Persönlichkeiten vorgestellt, die in der hessischen Landeshauptstadt eine „neue Heimat“ gefunden haben. Dazu gehören u.a. die Marzipanmanufaktur Gehlhaar, die in Wiesbaden die Tradition des im Jahre 1912 gegründeten Königsberger Stammhauses fortsetzt, und die Kristallschleiferei Guth, die 1928 im Sudetenland gegründet, durch den Krieg zerstört und vom jetzigen Inhaber Herbert Guth 1962 im Wiesbadener Stadtteil Kohlheck wieder aufgebaut wurde.

Dies sind Projekte, die beispielhaft den Beginn einer neuen digitalen Ära des BdV-Landesverbandes Hessen symbolisieren. „Wir hoffen, dass wir Ihre Lust auf virtuelle Geschichts- und Kulturvermittlung geweckt haben und Sie sich auf eine virtuelle Reise mit uns begeben“, so der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann abschließend. ■



Dreharbeiten während der Ausstellungseröffnung „So geht Verständigung“ (Fotos: BdV Hessen)

Neuer Vorstand gewählt

Ortmann übernimmt das Amt des Vorsitzenden des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen e.V.

Das Deutsch-Europäische Bildungswerk in Hessen (DEBW) hat ein neues Führungsteam: Siegbert Ortmann aus Lauterbach wurde auf der Mitgliederversammlung am 25. Juli zum neuen Vorsitzenden gewählt. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Wilhelm Beer aus Rüsselsheim am Main gewählt. Der insgesamt 6-köpfige Vorstand freut sich über den raschen und unkomplizierten Verlauf der Wahl und die Zusammenarbeit in nahezu gewohnter Aufstellung.

„Wir beginnen die heutige Mitgliederversammlung etwas anders“, so der noch zu dem Zeitpunkt amtierende stellvertretende Vorsitzende Siegbert Ortmann mit einem nachdenklichen Blick in den Wappensaal. Die Anwesenden gedachten dem am 19. Januar 2020 verstorbenen bisherigen Vorsitzenden des DEBW Georg Stolle. Stolle war als Führungsfigur mit starkem Willen, diplomatischem Geschick und einem enormen Engagement für Völkerverständigung bekannt und hat jahrelang die Geschicke des DEBW erfolgreich geleitet.

Ein freudiger Anlass folgte: Am Tag der Mitgliederversammlung am 25. Juli wurde Hagen Novotny 41 Jahre alt. Neben herzlichen Gratulationen nahm der Schatzmeister ein edles Tröpfchen entgegen und freute sich sichtlich über diese Aufmerksamkeit. Nachdem die Tagesordnung genehmigt und die Stimmberechtigung (8 Stimmen BdV LV Hessen, 8 Stimmen Landsmannschaften) festgestellt worden waren, informierte Ortmann freudvoll die Mitglieder über die erfolgte Anerkennung der Gemeinnützigkeit: „Der Verein ist selbstlos tätig. Die Anerkennung liegt uns mit der Satzungsfassung vom 28. Februar 2019 vor!“.

Solide Finanzen zum Jahresende 2019 und eine fehlerfreie Kassenführung bestätigten die Kassenprüfer dem Schatzmeister Hagen Novotny für seinen vorgestellten Kasensbericht. So ist es nicht verwunderlich, dass der Haushaltsplan 2020 einstimmig angenommen wurde.

Bei der anschließenden turnusmäßigen Neuwahl zum Vorstand gab es kleine Änderungen. In ihren Ämtern wurden der Schatzmeister Hagen Novotny und die



Mitgliederversammlung des DEBW im Haus der Heimat (Foto: DEBW)

beiden Beisitzerinnen Ingrid Reiß und Monika Mucha bestätigt. Die weiteren Funktionsträger sind: Siegbert Ortmann als Vorsitzender, Wilhelm Beer als stellvertretender Vorsitzender und Ewa Redemann als Schriftführerin.

„Mit Siegbert Ortmann und Wilhelm Beer haben wir ein starkes, gut vernetztes Team an der Spitze des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen. Auf die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch freue ich mich sehr“, kommentiert die seit dem 1. Januar 2020 eingesetzte Geschäftsführerin Agnes Maria Brüggling-Lazar das Ergebnis der Vorstandswahlen. Ortmann und Beer werden zukünftig mit vier weiteren Vorstandskollegen zusammenarbeiten: „Unser zentrales Anliegen ist es, in den nächsten Jahren eine aktive Positionierung des DEBW in Politik und Gesellschaft in Deutschland sowie in Ost-, Mittelost- und Südosteuropa zu stärken, und dabei auch neuere europäische Perspektiven zu berücksichtigen“.

Der Rückblick auf die diesjährigen Seminarfahrten war durch die Corona-Krise getrübt. Die vom 16. bis 18. Mai 2020 geplante verständigungspolitische Reise nach Litauen sowie die vom 16. bis 18. August 2020 geplante Seminarfahrt in die Republik Moldau mussten aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Bei

der verständigungspolitischen Maßnahme in Kroatien und Ungarn vom 27. September bis 4. Oktober 2020 hat die Mitgliederversammlung dem Vorstand dingend die Empfehlung ausgesprochen, die Reise nicht stattfinden zu lassen. Darüber wird der neu gewählte Vorstand bei der konstituierenden Vorstandssitzung beschließen.

Hoffnungsvoll blickt der Vorstand in das kommende Jahr: „2021 möchten wir die ausgefallenen Seminarreisen nach Litauen und Kroatien nachholen. Auf ein Ereignis freuen wir uns besonders. Das DEBW begibt am 4. April 2020 sein 30jähriges Bestehen! Die große Jubiläumsfeier wird ein besonderes Highlight in der Vereinsgeschichte werden!“, so Ortmann. ■

Deutsch-Europäisches Bildungswerk in Hessen e.V.

Friedrichstraße 35
65185 Wiesbaden

Vorsitzender:
Siegbert Ortmann
Geschäftsführerin:
Agnes Maria Brüggling-Lazar

Telefon 0611 36019-18
E-Mail info@debwh.de
Web www.debwh.de

Es geht weiter im Kreis Bergstraße

Jahreshauptversammlung der Schlesier mit Neuwahlen

Die Arbeit der Kreisgruppe Bergstraße in der Landmannschaft Schlesien kann fortgesetzt werden. Im zweiten Anlauf wählten die Mitglieder am 4. Juli 2020 auf der wiederholten Jahreshauptversammlung im Paulusheim Lorsch einen neuen Vorstand. Erster Vorsitzender ist Wolfram Panitz, Schriftführerin Ingrid Martin. Zum Kassenswart wurde Christian Midzielski wiedergewählt. Beisitzer sind Eckhard Balke, Johannes Baumgart, Adam Birkstedt, Richard Gürlich, Joachim Kutzner, Siegmund Piegsa und Kurt Titzmann. Die Kassenprüfung übernehmen Rainer Jöst und Reinhard Titzmann.

Kurt Titzmann und der als Gast anwesende Landesvorsitzende der Landmannschaft Schlesien, Albrecht Kauschat, dankten dem scheidenden Ersten Vorsitzenden Winfried Labatzke für seine Arbeit und seinen unermüdlichen Einsatz in den vergangenen 22 Jahren, zunächst als Schriftführer und danach als Erster Vorsitzender, Ämter, die er mit Leidenschaft und außergewöhnlichem Engagement ausfüllte. Einstimmig wählten die Mitglieder Winfried Labatzke zu ihrem



Der neu gewählte Vorstand der Kreisgruppe Bergstraße der Landmannschaft Schlesien (v.l.): Kurt Titzmann, Joachim Kutzner, Reinhard Titzmann, Wolfram Panitz, Eckhard Balke, Ingrid Martin, Christian Midzielski, Richard Gürlich, Johannes Baumgart und Landesvorsitzender Albrecht Kauschat (Foto W. Labatzke)

Ehrenvorsitzenden. Ingrid Berger, bisher stellvertretende Vorsitzende und Schriftführerin, wurde Ehrenmitglied. Mit der gelungenen Neuwahl eines arbeitsfähigen

Vorstands ist das Fortbestehen der Kreisgruppe Bergstraße in der Landmannschaft Schlesien gewährleistet.

Ingrid Martin

Mit 66 ist noch lange nicht Schluss

Das Jahrbuch Wechsel-Warthe 2020

Das Motto des 66. Jahrbuchs lautet „70 Jahre Landmannschaft Wechsel-Warthe und 30 Jahre Landespatenschaft durch Hessen“. Unter anderem beschäftigen sich die Vignetten mit diesem Thema. Obwohl die LWW bereits 70 Jahre alt ist und ihr Jahrbuch 66, gilt das Motto des Schlagers: „Mit 66 ist noch lange nicht Schluss!“

Das Titelbild ist ganz dem 70-jährigen Jubiläum gewidmet und zeigt in seiner Farbgebung, wie bunt und vielschichtig die Arbeit und das Leben in der LWW noch sind. Das Gruppenbild der Teilnehmer der Feierstunde bei der Bundeskulturtagung 2019 zeigt, wie stark die Landmannschaft Wechsel-Warthe noch ist, wenn es notwendig ist und man an die Wichtigkeit der zurückliegenden Arbeit erinnert.

Auch das Kalendarium ist dem Titelthema gewidmet und zeigt auf den Monatsseiten wichtige Stationen, Ereignisse und Ar-

beiten der LWW. In dem obligatorischen Kalendarium wird das Titelthema bildlich aufbereitet und die „Bunten Seiten“ dokumentieren die Aktivitäten der LWW im Jahr 2018/19 und die Bundesversammlung und Bundeskulturtagung mit Feierstunde 2019 in Fulda.

Im Vorfeld des Jubiläums verfasste der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier ein Grußwort, das hier ebenso wie die Festansprache von Staatsminister Peter Beuth als erstes abgedruckt wird. Anschließend folgt der Hauptvortrag der Tagung „Von den Hilfskomitees zur Landmannschaft Wechsel-Warthe“ von Dr. Wolfgang Kessler. Auch die weiteren Beiträge widmen sich der LWW-Geschichte, beginnend mit „Aus der Geschichte des Wappens der LWW“ von Hans-Werner Carlhoff.

In diesem Jahr musste aufgrund der massiven Portopreiserhöhungen und seit Jahren

nicht angepassten Preissteigerungen der Bezugspreis leicht erhöht werden. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelexemplar 12,00 € (europäisches Ausland und Übersee 15,00 €), bei Abnahme von 3 bis 9 Exemplaren je 10,50 € und von mehr als 10 Exemplaren je 9,00 €.



Exemplare können gegen Rechnung angefordert werden bei:

Landmannschaft Wechsel-Warthe Bundesverband e.V.
65185 Wiesbaden
Friedrichstraße 35 III.
Telefon 0611 379787

70 Jahre Wiesbadener Abkommen

Friedens- und Versöhnungsdokument zwischen Deutschen und Tschechen

Vor 70 Jahren, am 4. August 1950, unterzeichneten Vertreter des tschechischen Nationalausschusses und der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen in Wiesbaden ein wichtiges Versöhnungsdokument, das „Wiesbadener Abkommen“. Ziel der Vereinbarung war es, eine gerechte Völker- und Friedensordnung in Europa zu schaffen. Gleichzeitig war damit die Hoffnung verbunden, demokratische Verhältnisse in der damaligen Tschechoslowakei herzustellen und den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Wie in der einen Tag später, am 5. August 1950, in Stuttgart unterzeichneten „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, wurde darin eine Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht abgelehnt. „Die Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens haben es geschafft, auch das Leiden der jeweils anderen zu betrachten, dies war – so kurz nach Krieg und Vertreibung – bemerkenswert. Ohne den Blick auf das Leiden des anderen ist Versöhnung nicht möglich. So gelang es, ein Dokument zu schaffen, ohne zu verharmlosen, ohne zu beschönigen oder gar gleichzusetzen“, macht Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, deutlich.

Zum Jubiläum „70 Jahre Wiesbadener Abkommen“ war eigentlich ein Festakt im Hessischen Landtag geplant. Wie viele Jubiläumsveranstaltungen musste dieser aufgrund der Corona-Pandemie in diesem Jahr jedoch abgesagt werden. Ziegler-Raschdorf erinnert daher an den Festakt zum 65. Jahrestag im Hessischen Landtag vor fünf Jahren, bei dem, neben verschiedenen Landespolitikern und Vertretern der Sudetendeutschen, auch die damalige tschechische Sozialministerin Michaela Marksova-Tominova als Ehrengast teilgenommen und ein Grußwort gesprochen hatte.

Anstelle einer Festveranstaltung plant die Sudetendeutsche Bundesversammlung nunmehr in der Verantwortung ihres Präsidenten Reinfried Vogler die Herausgabe einer Festschrift mit dem Titel „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – von Vertreibung zu Verständigung“. Es wird nicht nur als bleibendes Buchprojekt, sondern auch online allen Interessierten zur Verfügung



Festakt zum 65. Jahrestag des Wiesbadener Abkommens im Jahr 2015: (v. l.) Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Milan Horáček, BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Peter Barton (Leiter des Kontakt-Büros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag), Rudolf Friedrich, Staatsminister a. D. Stefan Grüttner und Ulrich Caspar, Vorsitzender der Union der Vertriebenen (UdV) in Hessen (Foto: Sudetendeutsche Landsmannschaft)

stehen. Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier stellt in seinem Geleitwort für die Festschrift heraus, dass sich die Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens konstruktiv an der politischen Gestaltung der Nachkriegszeit beteiligten: „Ihr Beitrag als Repräsentanten der Sudetendeutschen und des tschechischen Nationalausschusses verdient großen Respekt und Anerkennung. Sie beteiligten sich mit großer Weitsicht an dem Weg, der zu Austausch und Verständigung in dem Europa führte, wie wir es heute kennen“.

Das Wiesbadener Abkommen sei im Vergleich zur einseitigen Erklärung der deutschen Heimatvertriebenen in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 als bilaterale Vereinbarung zweier Staaten etwas Besonderes, hebt Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf hervor, die in der Festschrift mit einem Beitrag zur Situation der Vertriebenen in Hessen vertreten sein wird. Aufgrund der gemeinsamen Unterzeichnung durch Tschechen und Deutsche gebühre dem Wiesbadener Abkommen, gleichberechtigt mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen genannt zu werden. Um das jahrhundertlange Verhaltensmuster von Rache und Gegenrache zu überwinden, sei Mut erforderlich gewe-

sen. Die Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens hätten eine wichtige Grundlage für das friedliche Zusammenleben benachbarter Völker und Staaten gelegt. „Heute erfüllt sich die Hoffnung, dass Deutsche, Tschechen und Slowaken friedlich nebeneinander in einem zusammenwachsenden Europa mit Reise- und Niederlassungsfreiheit und dem Schutz nationaler Minderheiten leben. Unser Anliegen muss es auch weiterhin sein, dieses hohe Gut des Friedens und des friedlichen Zusammenlebens wertzuschätzen und es nicht fahrlässig durch extremistische Tendenzen zu gefährden“, so Margarete Ziegler-Raschdorf.

Das Land Hessen unterstütze die Heimatvertriebenen seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise. Die hessische Landesregierung sei ein aufmerksamer Begleiter der Interessen und Anliegen der Heimatvertriebenen. Ministerpräsident Volker Bouffier erinnert in seinem Grußwort für die Festschrift daran: „Das Leiden und die Opfer von Vertreibung nicht zu vergessen, bleibt unsere Aufgabe. Denn nur, wenn wir die Vergangenheit in ihrem vollen Umfang kennen und verstehen, können wir die Zukunft im Sinne des Friedens und der Mitmenschlichkeit, im Sinne der Demokratie und Freiheit gestalten.“ ■

Ein Blick zurück

Jahreshauptversammlung des BdV-Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg

Die Mitglieder des BdV-Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg blickten bei ihrer Jahreshauptversammlung am 14. März 2020 in Korbach gerne auf mehrere Treffen und Veranstaltungen im vergangenen Jahr zurück, wie das Bütower Heimattreffen in Frankenberg und das Pyritzer Heimattreffen in Korbach.

Zu den Höhepunkten des letzten Jahres gehörte der Tag der Heimat am 29. September 2019 mit der oberschlesischen Blaskapelle aus Brückenort im Kreis Rosenberg, Bezirk Oppeln. Gastrednerin war Editha Westmann (MdL), niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler sowie BdV-Landesvorsitzende in Niedersachsen. Anlässlich des 6. Hessischen Gedenktages für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und des zentralen Tages der Heimat 2019 wurde am Mahnmahl „Deutschland unteilbar“ ein Kranz niedergelegt. Im Vorfeld des Tages der Heimat gab es bereits vom 12. August bis 27. September 2019 die

Wanderausstellung des BdV-Bundesverbandes in „Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa“ im Kreishaus Korbach. Die Ausstellung in Korbach war die einzige eines BdV-Kreisverbandes in Hessen.

Gedacht und erinnert wurde während der Mitgliederversammlung an 70 Jahre BdV-Kreisverband Waldeck-Frankenberg, 70 Jahre SL-Kreisgruppe Waldeck, 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und 75 Jahre Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, bei der 9.500 Flüchtlinge in den eisigen Fluten der Ostsee starben.

Durch die Corona-Krise war die Teilnehmerzahl bei der Jahreshauptversammlung nur sehr gering. Wenn es die Situation zulässt, ist im September wieder ein Tag der Heimat in der Stadthalle Korbach und der „Hessische Gedenktag“ in Bad Arolsen geplant. Rückblickend noch einige Daten: Nach der Gründung des BdV-Kreisverbandes



Jahreshauptversammlung (Foto: privat)

des im Jahr 1950 gehörten dem Kreisverband Waldeck 112 Ortsgliederungen mit etwa 5.000 Mitgliedern an. Der Großteil der damaligen Heimatvertriebenen waren Katholiken aus dem Sudetenland und Schlesien. Bedingt durch die religiöse „Diaspora“ wurden 15 katholische Kirchen im Dekanat Fulda und im Dekanat Paderborn in Adorf, Korbach, Mengerlinghausen, Reinhardshausen, Sachsenhausen, Sachsenberg, Waldeck, Wega, Willingen, Usseln, Burgwald, Battenberg, Ernsthäuser, Gemünden und Vöhl gebaut.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg, Günter Krause, ist am 14. Mai 2020 plötzlich verstorben. Der Kreisverband und der BdV Hessen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Veranstaltungen der BdV-Kreisverbände in Hessen zum Tag der Heimat 2020



Samstag, 5. September 2020

KVDarmstadt-Dieburg

Kranzniederlegung „Waldfriedhof Darmstadt“

Beginn: 14.30 Uhr

Redner: Jochen Partsch, OB der Stadt Darmstadt

KVWiesbaden

Feierstunde am Gedenkstein in Wiesbaden-Kohlheck

Beginn: 11.00 Uhr

Redner: Wolfgang Nickel, ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher

Sonntag, 13. September 2020

KVHanau in Hanau, Martin-Luther-Anlage

Beginn: 11.00 Uhr

Redner: Thomas Straub, Stadtverordneter der Stadt Hanau

Sonntag, 27. September 2020

KVLimburg-Weilburg

im Bürgerhaus Weilmünster, Hauptstraße 19

Beginn: 14.30 Uhr

Redner: Dr. r. Raimund Palecek, Vorsitzender des Sudetendeutschen Instituts e.V. in München

Sonntag, 18. Oktober 2020

KVWetzlar in 35578 Wetzlar-Büblingshausen,

Unter dem Ahorn 22, Bürgerhaus „Siedlerklause“

Beginn: 14.00 Uhr

Redner: Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Samstag, 3. Oktober 2020

KVGroß-Gerau

in Gernsheim, Europapark am Vertriebenenendenkmal „Totengedenken und die Jubiläums-Gedenkfeier“ für die Charta der Vertriebenen

Beginn: offen

Redner: Hans-Josef Becker,

Mitglied der Leitungsgruppe KV Groß-Gerau

Sonntag, 11. Oktober 2020

KVOdenwald

Gedenkveranstaltung am Vertriebenenkreuz, Erbacher Friedhof

Beginn: 14.30 Uhr

Redner: Helmut Seidel, Kreisvorsitzender KVOdenwald

Sonntag, 18. Oktober 2020

KVHochtaunus

in Bad Homburg, „Vereinshaus Gonzenheim“, Am Kitzenhof 4

Beginn: 14.00 Uhr

Redner: Albrecht Schläger, Vizepräsident BdV-Bundesverband

70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen

Gedenkfeier des BdV-Kreisverbandes Limburg-Weilburg

Der Bund der Vertriebenen (BdV) – Kreisverband Limburg-Weilburg hatte für den 5. August unter dem Kreuz der Vertriebenen auf dem Friedhof in Weilburg zu einem Gedenken an die feierliche Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen vor 70 Jahren vor den Ruinen des Neuen Schlosses in Stuttgart eingeladen.

Kreisvorsitzender Josef Plahl begrüßte zahlreiche Besucher und Ehrengäste: den Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung Andreas Hofmeister, den Weilburger Stadtverordnetenvorsteher Bruno Götz, die Stadträte Dieter Langer und Christian Radkovsky, den Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Albrecht Kauschat, den stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden und stellvertretenden Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Manfred Hüber, den Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Otto Riedl, den ehemaligen Weilburger Bürgermeister Hans-Peter Schick und den einstigen Vorsitzenden der Europa-Union Oberlahn Werner Richter. Grußworte sandten der Landtagsabgeordnete Tobias Eckert und Landrat Michael Köberle.

Josef Plahl erinnerte daran, dass die sogenannten „Großen Drei“ vor 75 Jahren bei der Potsdamer Konferenz die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen, aus dem Sudetenland sowie aus Ost- und Südosteuropa beschlossen hätten. In der Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 verpflichteten sich die Heimatvertriebenen, auf Rache und Vergeltung für erlittenes Unrecht zu verzichten. Gleichzeitig, so Plahl, hätten sie darin ihren Willen und ihre Bereitschaft erklärt, am Wiederaufbau eines freien und demokratischen Deutschlands und eines geeinten Europas gestaltend mitzuwirken. Den Text der Charta erarbeiteten die Delegierten von 30 Vertriebenenverbänden. In einer Kundgebung vor mehr als 100.000 Vertriebenen hätte „ein Namenloser“ die Erklärung verlesen. Die Charta sei eine Art Grundgesetz.

Otto Riedl sprach das Totengedenken und betonte, dass es auch heute noch eine vergiftete Einstellung gegenüber Andersdenkenden, anderen Religionen und Menschen



Gedenkfeier: (v. l.) Christian Radkovsky, 2. Stadtrat der Stadt Weilburg a.d. Lahn in Vertretung des Bürgermeisters; Otto Riedl, SL Kreisobmann; Albrecht Kauschat, Vorsteher Egerländer Gmoi 'z Limburg; Josef Plahl, BdV-Kreisvorsitzender; Andreas Hofmeister, Mitglied des Landtags und Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung.

mit anderer Hautfarbe, anderer Rasse oder Nation gebe. Als Beispiele dafür nannte er den Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke und die Attentate in Hanau. Für die Vergangenheit wies er auf die Gräueltaten 1945 in Prag, auf den Brünner Todesmarsch, auf das Massaker auf der Aussiger Elbebrücke und auf die Versenkung der Wilhelm Gustloff hin.

Der Landtagsabgeordnete Andreas Hofmeister sagte, mit der Charta hätten die Dachverbände der Heimatvertriebenen ein historisches Dokument der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und ein bleibendes Vermächtnis für ein zusammenwachsendes Europa geschaffen. Die Charta habe den Heimatvertriebenen eine Orientierung gegeben. Man dürfe auch heute die Situation der von den Kriegsfolgen mit am stärksten betroffenen Deutschen nicht vergessen. In der Charta werde eindringlich dafür geworben, dass das Recht auf die Heimat ein Grundrecht der Menschheit sei. Dieser Appell fände sich auch in der heutigen Diskussion um ein internationales Vertriebungsverbot stetig wieder.

Hofmeister wies auf die Leistungen der Heimatvertriebenen in Hessen und im Landkreis Limburg-Weilburg hin. Deshalb sei das regelmäßige Erinnern daran keine Folklore. Vielmehr bleibe es eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, den Weg aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges hin zu einem

wiedervereinten Deutschland und einem friedlichen Europa immer wieder ins Bewusstsein zu rufen. Die Autoren der Charta der Heimatvertriebenen hätten hierzu einen bedeutsamen Baustein geliefert.

Christian Radkovsky, in Vertretung von Bürgermeister Dr. Johannes Hanisch, sagte, Weilburg sei ein Beispiel dafür, wie die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in die Tat umgesetzt worden sei. Die Friedrich-Ebert-Straße zeuge von dem Aufbauwillen der Heimatvertriebenen. In Weilburg seien auch zahlreiche Straßen nach ostdeutschen Ländern und Städten benannt. Nicht vergessen dürfe man den Neubau der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche, der notwendig wurde, weil viele katholische Heimatvertriebene in der Stadt ein neues Zuhause fanden. Weilburg habe nicht nur mit Städten im Westen eine Partnerschaft geschlossen, sondern auch mit der slowakischen Stadt Kesmark in der Tatra. Er schloss mit den Worten: „Die Heimatvertriebenen haben das Gesicht der Stadt mitgestaltet.“

Dr. Martin Krähe und Liam Freihold, Kreismusikschule Oberlahn, umrahmten die Feier musikalisch. Zum Gedenken wurde am Kreuz eine Blumenschale mit schwarz-rot-goldenen Schleifen niedergelegt. Die Schleifen tragen die Worte: „Verzicht auf Rache und Vergeltung – Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

Josef Plahl

Vor 74 Jahren angekommen ...

Ankunft in Nordhessen nach der Vertreibung aus dem Sudetenland

„Es war ein drückend heißer Sonntag, als unser Transport am 21. Juli 1946 am Frankfurter Bahnhof ankam“, erinnert sich Edeltraud Held an den Moment, als für sie und ihre Familie die Vertreibung aus der Heimat, dem Sudetenland, in Nordhessen ein Ende fand. Zusammen mit über 1.200 weiteren Personen war sie Tage zuvor auf Geheiß des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš vom Bahnhof Andersdorf aus in 30 Viehwaggons verfrachtet und auf eine ungewisse Reise nach Westen geschickt worden. „Als die Türen der stickigen Waggons geöffnet wurden, gab es für die vollkommen erschöpften Menschen etwas Suppe vom Roten Kreuz, und von der großen Pumpe für die Dampflok konnten wir uns in Eimern Wasser holen“, fügt Reinhard Weinert hinzu, der inzwischen in Baunatal lebt.

Im Zuge der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auf diese oder ähnliche Weise etwa 14 Millionen Deutsche, überwiegend aus dem Sudetenland, aber auch aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien, auf vielfach unmenschlichste Weise in den Westen transferiert. Die neuen Machthaber wollten sich, wie von langer Hand geplant, nach dem Sieg der Alliierten ihrer ungeliebten Bevölkerungsteile entledigen und nationalitätenreine slawische Staaten konstruieren.

Im Laufe des Sonntages wurden also die Vertriebenen auf Pferdefuhrwerke gesetzt und in die Dörfer des Altkreises Frankenberg verteilt, wo sie nach und nach Aufnahme fanden, indem sie von den jeweiligen Ortsvorstehern oder der Kirche einzelnen Familien zugewiesen wurden. „Einige von uns standen noch am Abend im Dorfzentrum. Die Begeisterung, die ‚Rucksackdeutschen‘ auch nur übergangsweise einzuquartieren, hielt sich in Grenzen, bis der Pfarrer letztlich ein Machtwort sprach!“ beschreibt Elisabeth Richter (geb. Hykel) die Ankunft ihrer Familie am zugeordneten Zielort mit leichter Bitternis. Die damals Achtjährige war mit ihren drei Schwestern, ihrer Mutter sowie deren Eltern und Schwiegereltern in einem kleinen Örtchen unweit von Frankenberg gelandet.

Allein im Jahr 1946 gelangten über 16.000 Heimatvertriebene in den heutigen Landkreis Waldeck-Frankenberg. Nordhessen entwickelte sich über die Jahrzehnte zum Zuhause – die Heimat aber blieb und bleibt der einstmalige deutsche Kreis Bärn in Nordmähren, über 1.000 km von Frankenberg entfernt.

Auch 74 Jahre danach wird die Erinnerung wachgehalten. Alljährlich am 21. Juli treffen sich die Kinder von damals an dem Ort, wo ihre Odyssee an einem Sonntagvormittag endete. Die Nachfolgegeneration und die

Enkel, die heute ihre Großeltern begleiten, können sich sicher kaum vorstellen, was es damals bedeutete, innerhalb von 24 Stunden das Elternhaus verlassen zu müssen, sämtlicher Wertsachen beraubt zu sein und mit nur 20 Kilo Gepäck als einzigem Hab und Gut zu einer Reise gezwungen zu werden, deren Ziel niemand kannte. „Unser Grüppchen wird von Jahr zu Jahr kleiner. Aber solange es eben geht, ist der 21. Juli ein fester Termin für uns!“ fasst Elisabeth Richter abschließend zusammen.

Der BdV-Kreisverband Waldeck-Frankenberg gibt daher die Hoffnung nicht auf, dass sich vielleicht einige Jüngere für die Vergangenheit ihrer Vorfahren interessieren und sich eine Mitwirkung im Verein vorstellen können.

Rüdiger Richter

BdV Kreisverband Waldeck-Frankenberg

Westwall 11
34497 Korbach

Vorsitzender: Rüdiger Richter
Am Bahnhof 14 / Buchhandlung Hykel
35066 Frankenberg / Eder

E-Mail bdvkorbach@online.de
www.bdvkreisverbandwaldeckfrankenberg.de



Die offizielle Abschiebung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei begann im Januar 1946. Mehr als drei Millionen Deutsche aus dem Sudetenland mussten ihre Heimat zum Großteil in Güter- und Viehwaggons verlassen. (Foto: Wikimedia Commons)

Neu aufgestellte Kulturstiftung stellt sich vor

Länderbeauftragte treffen sich mit Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

An einem Treffen der Länderbeauftragten der verschiedenen Bundesländer bei und mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen nahm kürzlich Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, am Sitz der Stiftung in Bonn teil.

Bei dem Treffen, zu dem ein Teil der Landesbeauftragten per Videokonferenz zugeschaltet war, ging es um die Neuausrichtung der Kulturstiftung und um die Zukunft der Heimatstuben, insbesondere das von der Kulturstiftung begleitete, vielversprechende Projekt der „Virtuellen Heimatstube“. Das Treffen mit den Länderbeauftragten nutzten der Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, und Geschäftsführer Thomas Konhäuser, um über die Neuausrichtung zu informieren und um die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung und deren Aufgabengebiete vorzustellen.

So wird sich die Kunsthistorikerin Birgit Aldenhoff zukünftig vor allem um die Beratung und Betreuung der Heimatstuben kümmern und die Betreiber bei der Inventarisierung unterstützen. Dabei wird Frau Aldenhoff auch gemeinsam mit Barbara Kämpfert arbeiten, die sich bereits seit längerem bei der Kulturstiftung um das Projekt der „Virtuellen Heimatstuben“ kümmert und für die erklärenden Beschreibungen der digital erfassten Objekte zuständig ist.



Länderbeauftragte treffen sich mit Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: (v. l.) Thomas Konhäuser (Geschäftsführer), Dr. Ernst Gierlich (ehemaliger Geschäftsführer), Reinfried Vogler (Vorstandsvorsitzender), Margarete Ziegler-Raschdorf (Landesbeauftragte Hessen), Stephan Rauhut (Kuratoriums-Vorsitzender), Heiko Hendriks (Landesbeauftragter NRW). (Foto: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen)

Christian Bronder widmet sich künftig Fragen der finanziellen Förderungen, berät und unterstützt die Verbände zu Fördermöglichkeiten und bei Förderanträgen.

Dr. Kathleen Beger leitet fortan die wissenschaftlichen Fachbereiche Geschichte/ Zeitgeschichte, Staats- und Völkerrecht sowie Literaturgeschichte. Tomáš Randýsek wird sich um die Öffentlichkeitsarbeit der Kulturstiftung kümmern und auch neue Veranstaltungsformate entwickeln. Der Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung Reinfried Vogler und der Vorsitzende des Kuratoriums, Stephan Rauhut, betonten,

dass man mit der Neuausrichtung nun ein wichtiges Etappenziel erreicht habe.

„Ich freue mich, dass die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen neue kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen konnte, die künftig bei der Neuausrichtung der Stiftung unterstützen werden. Ich bin zuversichtlich, dass auch die Vertriebenenverbände und Vereinigungen in den Bundesländern hiervon profitieren können und sich Synergieeffekte nutzen lassen. Besonders für unsere Heimatstuben in Hessen kann die Kulturstiftung ein wichtiger Ansprechpartner werden, denn die Zukunft der Heimatstuben und Heimatsammlungen ist im gesamten Bundesgebiet wie auch in Hessen aktuell eine der wichtigsten Herausforderungen. Hessen ist an einer guten Zusammenarbeit in hohem Maße interessiert. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen wird seit vielen Jahren durch das Land Hessen institutionell gefördert“, erklärte Margarete Ziegler-Raschdorf. ■

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Als überregionale Kultureinrichtung aller Vertriebenen hat sich die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen seit der Gründung im Jahre 1974 der wichtigen Aufgabe angenommen, im Sinne des Kulturparagraphen § 96 des Bundesvertriebenengesetzes das vielfältige Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Deutschen und des Auslands lebendig zu erhalten und das in seiner Tradition stehende kulturelle Schaffen zu fördern.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen verwirklicht ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen, Institutionen und einzelnen Wissenschaftlern in Deutschland sowie den Nachbarländern im östlichen Europa. Sie analysiert Stand und Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten des östlichen Europa und bietet den Vertriebenen und der gesamten Öffentlichkeit entsprechende Informationen.

Die Kulturstiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Ihr Haushalt wird aus Zuwendungen der Öffentlichen Hand, Buchverkäufen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert. In steuerlicher Hinsicht gilt sie als gemeinnützig. Der Sitz der Stiftung ist Stuttgart, die Geschäftsstelle befindet sich in Bonn.

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung

Godesberger Allee 72 – 74 · 53175 Bonn

Telefon 0228 91512-0

E-Mail kulturstiftung@t-online.de
www.kulturstiftung-der-deutschen-vertriebenen.de

Ein analoges und virtuelles Ausstellungserlebnis

So geht Verständigung – dorozumění – That's how to communicate

Die am 16. Juni 2020 um 19:00 Uhr im Wiesbadener Haus der Heimat eröffnete Ausstellung „So geht Verständigung – dorozumění – That's how to communicate“ fällt durch die Corona-Krise in eine kritische Zeit. Eine neue Verständigungspolitik verlangt auch eine neue Ausstellungspolitik.

Die dreisprachig konzipierte Wanderausstellung des Sudetendeutschen Rates e.V. wurde daher mit einer digitalen Ausstellungseröffnung sowie einem virtuellen Rundgang verbunden. Sie wird somit zu einem Begegnungsraum von symbiotischen Kommunikationsformen – analog und digital. Seit 22. Juni ist das hochkarätige Eröffnungsprogramm vom 16. Juni auf dem Online-Kanal „culture2go“ der Videoplattform YouTube zu sehen.

Die Ausstellungseröffnung im physischen Raum stand ganz im Zeichen der Völkerverständigung, aber auch im Zeichen der audiovisuellen Aufnahme. Die hessische BdV-Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz begrüßte die analog und digital anwesenden Gäste und machte deutlich, dass ohne Erinnerungsarbeit Völkerverständigung unmöglich sei, denn: „Das Gestern prägt das Heute, aber auch das Morgen.“ Es sei daher essenziell, an das Vergangene, das Gemeinsame, aber auch an das Trennende zu erinnern. In ihrer Begrüßungsrede dankte Rose-Lore Scholz den Leihgebern. Neben dem Sudetendeutschen Rat wurde u.a. der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Hessen, der Trachtenpuppensammlung des BdV-Kreisverbandes



Ausstellungseröffnung (v. l.): Albrecht Schläger (Vizepräsident des BdV, Präsidiumsmitglied beim Sudetendeutschen Rat und der Seliger-Gemeinde), Rose-Lore Scholz (BdV-Landeskulturreferentin), Siegbert Ortmann (BdV-Landesvorsitzender), Christa Naaß (Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates), Prof. Dr. Sarah Scholl-Schneider (Kulturwissenschaftlerin an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), Steffen Hörter (Direktor der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk und Präsidiumsmitglied beim Sudetendeutschen Rat); (Foto: BdV Hessen)

Limburg-Weilburg, dem Heimat- und Geschichtsverein Igstadt e.V., Gerhard Zuber und der Wiesbadener Firma Kristall Guth gedankt.

Christa Naaß, Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, führte in die Ausstellungsthematik ein, die in fünf Modulen Verständigung, Verbinden, Vertreibung, Vermitteln, Versöhnen präsentiert wird. „So geht Verständigung – dorozumění – That's how to communicate“ präsentiert beispielhaft das jahrhundertlange Zusammenleben von Tschechen und Deutschen im Herzen Europas, um die Auseinanderentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, die nationalsozialistische Besetzung des tschechischen Reststaates, die Vertreibung der Deutschen, die Organisation der Heimatvertriebenen, ihre Aufbauleistung, ihre Integration und deren heutige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit.

Unter dem Titel „Verschundenes sichtbar machen.“

Deutsch-tschechische Heimatgeschichten“ beleuchtete Prof. Sarah Scholl-Schneider, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die mehrdimensionalen Komponenten von Heimat. In ihrem Impulsvortrag machte die Kulturwissenschaftlerin deutlich, dass Erinnerungsräume der Erlebnisgeneration auch zu Orten transnationaler, multiethnischer Begegnung und Verständigung werden, wenn die jüngere Generation ihr Erbe ernst nimmt. Wichtig sei es hierbei, dass der deutschen und tschechischen Seite gleichwertig Gehör geschenkt wird – so wie in der hiesigen Wanderausstellung geschehen.

Die drei Reden verband die Musik. Die Wiesbadener Flötistin Britta Roscher spielte jeweils ein deutsches, ein tschechisches und ein englisches Musikstück und griff somit den gemeinsamen europäischen Gedanken auf.

Der BdV-Landesverband Hessen zeigte die Ausstellung bis zum 17. Juli im Wiesbadener Haus der Heimat. Ein virtuelles Ausstellungserlebnis ist noch jederzeit möglich: www.youtube.com/channel/UCnoG5EhIsisluznJeo3WeBA

Die Realisierung der Ausstellung im Wiesbadener Haus der Heimat wurde gefördert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das HDO/Haus des Deutschen Ostens. ■



Aufzeichnung mit Siegbert Ortmann, BdV-Landesvorsitzender (Fotos: BdV Hessen)

Siegbert Ortmann – Werdegang eines Achtzigjährigen

Als vor 80 Jahren am 26. August 1940 Siegbert Friedrich Karl Ortmann in dem beschaulichen Städtchen Wiesengrund im südöstlichen Zipfel des Egerlandes geboren wurde, konnte wohl niemand ahnen, welche spannende und bewegende Lebensgeschichte diesem neuen Erdenbürger in die Wiege gelegt wurde. Und obwohl der 2. Weltkrieg schon längst über Europa wütete, verbrachte der kleine Junge im Schoß der Familie mit seinen beiden Geschwistern eine sorgenlose Kindheit ohne unmittelbare Kriegseinwirkungen.

Diese endete abrupt mit Kriegsende im Mai 1945, als die imposante Ortmann-Villa vom angerückten amerikanischen Militär konfisziert wurde und fortan ausschließlich als dessen regionale Stabsstelle fungierte. Die Familie musste bis zu ihrer endgültigen Vertreibung aus der alten Heimat mit einer notdürftigen Dachgeschoßwohnung in der Nachbarschaft vorliebnehmen. Und der später angeordnete Abtransport in voll gepferchten, penetrant stinkenden und von außen verschlossenen Viehwaggons und ständig mit dem abscheulichen Geschmack des zu den spärlichen Mahlzeiten beigegebenen Lebertrans ist nach so vielen Jahren weiterhin in der Erinnerung wach und stärkt Siegbert Ortmann in der Gewissheit seiner heutigen Einschätzung, dass nämlich das damals mit der Vertreibung erlittene Unrecht seine eigentliche Ursache im europaweit über Jahre gewachsenen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus des 20. Jahrhunderts hatte. Deshalb, so sein unmissverständliches Credo mit aktuellem Bezug, „wehret den Anfängen“ bei diesen leider wieder aufkommen- den gesellschaftlichen Erscheinungsformen der Gegenwart.

Der erzwungene „Aufbruch ins Ungewisse“ aus der alten Heimat endete im Februar 1946 mit Ankunft in der amerikanischen Besatzungszone, als der Familie Ortmann im damaligen oberhessischen Landkreis Lauterbach in dem „verträumten Örtchen Schädges“ – heute ein Stadtteil von Herbstein (!) – im ehemaligen Schulgebäude eine neue Heimat zugewiesen wurde. Anfangs war es nur die Mutter mit ihren drei kleinen Kindern, denn der Vater wurde weiterhin in dem berüchtigten tschechoslowakischen Internierungslager „Bory“ in Pilsen zurückgehalten und kam erst später nach aben-

teuerlicher Flucht und von schweren Mischhandlungen gezeichnet zu seiner Familie in den Vogelsberg.

Vom Hunger und allgemeiner Notlage begleitet, fand die Familie Ortmann schließlich nach einem Umzug ihr neues Zuhause und ihre Existenzgrundlage in der oberhessischen Kreisstadt Lauterbach. Hier besuchte der Jubilar auch das Gymnasium und machte 1960 das Abitur. Wenngleich sich während der Schulzeit seine Neigung als begeisterter Funkamateur nicht zur Juristerei, sondern zur Hochfrequenztechnik offenbarte und er dies auch mit dem Eigenbau einer weltweit einsatzfähigen Kurzwellensender- und -empfangsanlage für das Lauterbacher Gymnasium bekräftigte, schaffte es sein als Rechtsanwalt und Notar in Lauterbach niedergelassener Vater unmittelbar nach dem

**„Alter ist immer noch
das einzige Mittel,
das man entdeckt hat,
um lange leben zu können.“**

Jose' Ortega y Gasset

Abitur noch zu einer Umstimmung auf die juristische Laufbahn mit Studium an den Universitäten in Saarbrücken, Marburg sowie Würzburg und erfolgreichem Abschluss des ersten juristischen Staatsexamen im Jahre 1964. Nach Absolvierung des juristischen Vorbereitungsdienstes und anschließendem 2. Staatsexamen erfolgte im Frühjahr 1969 die Zulassung als Rechtsanwalt und der Einstieg als Sozius in die väterliche Praxis in der Kreisstadt Lauterbach/Hessen.

Schon während des Studiums engagierte sich Siegbert Ortmann zunehmend auch politisch im „Ring christlich-demokratischer Studenten“. In diese Zeit fiel auch eine vom Auswärtigen Amt in Bonn organisierte und entwicklungspolitisch ausgerichtete sechsmo- natige Studienreise in die westafrikanischen Staaten Nigeria, Dahomey, Togo und Ghana. Dieser, für einen jungen Jurastudenten einzigartige Auslandsaufenthalt mit so vielen spannenden Erlebnissen und menschlichen Begegnungen, hinterließ bis heute viele bleibende Eindrücke vom schwarzen Kontinent und den dortigen Kulturen.



*Siegbert Ortmann, BdV-Landesvorsitzender
(Foto: BdV Hessen)*

Nach dem Berufseinstieg als Gerichtsreferendar gründete er 1965 zudem die „Junge Union“ im Altkreis Lauterbach und wandte sich der heimischen Kommunalpolitik zu, bei der Siegbert Ortmann 1969 als CDU-Kreisbeigeordneter im Altkreis Lauterbach seine kommunalpolitische Laufbahn begann. Hier wirkte er bis 2006 in unterschiedlichen Führungspositionen der Partei auf Landkreisebene und darüber hinaus und stellte sich dem Reiz der Kommunalpolitik in seiner oberhessischen Heimat immer mit großer Leidenschaft.

Im Hauptberuf als Rechtsanwalt wurde er 1972 nach dem Tode seines Vaters zusätzlich zum Notar in Lauterbach – mit regelmäßigen amtlichen Sprechtagen in Freiensteinau – bestellt und übte dieses öffentliche Amt über insgesamt 38 Jahre bis zur Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze im Jahre 2010 ununterbrochen aus. Und diese berufliche Selbstständigkeit verschaffte ihm auch als Landtagsabgeordneten die ihm wichtige Unabhängigkeit, die in der Politik wegen Einbindung in gruppenspezifische Prozesse und starre Strukturen meistens so nicht gegeben war. Gleichwohl stellte die Abgeordnetentätigkeit als „Vogelsberger in Wiesbaden“ von 1987 bis 2003 eine sehr intensive Lebensphase mit nachhaltigen Auswirkungen und bedeutsamen Erfahrungen dar.

Zusätzlich nahm Siegbert Ortmann über die Jahre zahlreiche ehrenamtliche Funktionen wahr, so etwa im Aufsichtsrat der ortsansässigen Volksbank, im Wanderverein des Vo-



gelsberger-Höhen-Clubs und bis heute im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks. In Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste wurde ihm 2003 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Nach dem freiwilligen Verzicht auf eine erneute Landtagskandidatur widmete sich der Jubilar ab 2003 wieder ganz der anwaltlichen und notariellen Tätigkeit in seiner Kanzlei, jetzt gemeinsam mit Sohn Arnim als inzwischen eingetretenen Sozium.

Weil aber bekanntlich jede Lebensphase eines Menschen neue Aufgaben bereithält, machte sich auch für Siegbert Ortmann sehr schnell ein neues, zusätzliches ehrenamtliches Betätigungsfeld im Bund der Vertriebenen auf, in dem er schließlich 2012 zum hessischen Landesvorsitzenden gewählt wurde. Darüber hinaus wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender der sudetendeutschen Landsmannschaft in München und stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Berlin. Diese hohen verbandspolitischen Ämter begleiten den Jubilar bis zum heutigen Tag. Und erst kürzlich wurde er darüber hinaus zum Vorsitzenden des Deutsch-Europäischen-Bildungswerks in Hessen e.V. gewählt und zeichnet dort verantwortlich für hochinteressante verständigungspolitische Seminarreisen in die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa. Im Rahmen aller dieser ehrenamtlichen Ämter setzt er sich fortwäh-



Siegbert Ortmann mit Johann Thießen (Bundesvorsitzender und hessischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) bei der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Bad Canstatt am 5. August 2020 (Foto: BdV/bildkraftwerk)

rend für eine nachhaltige, zukunftsorientierte und grenzüberschreitende Völkerverständigung im östlichen Europa ein und verliert das staatlich geförderte Ziel, nämlich die gemeinsame Geschichte und das Erinnern an das wertvolle kulturelle Erbe der deutschen Heimatvertriebenen in diesen Gebieten für künftige Generationen wachzuhalten und weiterzuentwickeln, niemals aus den Augen.

Siegbert Ortmann ist seit 53 Jahren verheiratet, hat 4 Kinder und 5 Enkelkinder. Mit seiner Ehefrau Ute, geb. Denk – einer gebürtigen Thüringerin – hat er in den zurückliegenden Jahren informative Fernreisen fast über den ganzen Erdball unternommen. In der spärlich verbliebenen Freizeit entspannte er sich im heimatlichen Vogelsberg mit Wandern und der passionierten Jagdausübung.

Sein heutiges Resümee: „Mit achtzig kann man schon einen langen Blick auf sein bisheriges Leben werfen, das so viele Abwechslungen und Überraschungen, schöne Erfolge, aber auch derbe Rückschläge gebracht hat. Aber für mich ist dieses hohe Alter keine beklagenswerte Zeit, die eigentlich nicht mehr viel zu bieten hat, sondern – so Gott will – bei hoffentlich guter Gesundheit eine durchaus zukunftsgerichtete Phase vor allem für weitere verbandspolitische Aktivitäten in den verschiedenen Vertriebenenorganisationen.“

Ich bin glücklich, dankbar und zufrieden, dass ich meinen 80. Geburtstag wegen der Corona-Krise zwar nicht im größeren Rahmen, dafür aber umso intensiver im Kreis meiner lieben Familie feiern kann.“ ■

Kann Spuren von Heimat enthalten

Ausstellung im Haus der Heimat vom 21. Oktober bis 4. Dezember 2020

Die Wahrnehmung von Heimat und Fremde geschieht durch viele verschiedene Erfahrungen und Erlebnisse, aber immer auch durch das Essen. Typische Speisen und Essgewohnheiten prägen die Identität des Individuums und der Gruppe.

Die Sonderschau „Kann Spuren von Heimat enthalten“, eine Leihgabe des Hauses des Deutschen Ostens (HdO), setzt sich mit dem Essen und Trinken, mit der Identität und Integration der Deutschen des östlichen Europas auseinander. Es geht um Hungerjahre in der Nachkriegszeit genauso wie um die Überfluggesellschaft, auf die Spätaussiedler anfangs trafen, um Familienrezepte, selbst gebaute Möbel und

mitgebrachte Küchengeräte. Auch Wiedergründung von Firmen und die Herstellung altbekannter Produkte sind ein Teil der Sonderschau. Für die Ausstellung in Wiesbaden wurde der Schwerpunkt auf Exponate aus Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden gesetzt.

Darüber hinaus werden typische Gerichte aufgezeigt, seien es aufwändige Resteessen, Knödel und Nocken, Klopse oder die süßen Bienenkörbe und Damenkaprizen. Zur Ausstellung ist ein gleichnamiges Kochbuch erschienen, das zum Nachkochen einlädt. Die Ausstellung im Wiesbadener Haus der Heimat wird gefördert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport. ■



Öffnungszeiten

Mittwochs und donnerstags
10.00 – 17.00 Uhr
Freitags 10.00 – 14.00 Uhr
Eintritt frei!

Gleichwertigkeit hart erarbeitet

Geschichtsforscher-Ehepaar Gömpel arbeitet Heimatvertreibung auf – Interview von Daniel Göbel

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland während des Krieges begangen worden sind, ist heute selbstverständlicher Bestandteil der Gedenkkultur. Zum kollektiven Gedächtnis gehört aber auch das Bewusstsein, dass zwischen 1945 und 1949 Millionen Deutsche aus dem Osten ihre Heimat verloren haben. Die Geschichtsforscher Horst W. und Marlene Gömpel aus Schwalmstadt haben dies in ihrem Buch „...angekommen!“ aufgearbeitet. In Kürze soll ein neues Buch aus der Feder des Ehepaars erscheinen.

Die Menschen hatten durch den Krieg fast alles verloren. Dann kamen die Flüchtlinge. Wie sind sie aufgenommen worden?

HORST W. GÖMPEL:

Man muss differenzieren zwischen den Flüchtlingen, die 1945 im Rahmen der „wildenen“ Vertreibung ankamen und vielen, die vor der Verfolgung der tschechischen Politik flohen sowie denen, die 1946 im Rahmen einer „organisierten und humanen“ Vertreibung in Viehwaggons eintrafen. 1945 war die Lage unübersichtlicher, die Menschen sind gekommen, da fielen zum Teil noch die Bomben. Die Sudetendeutschen haben es schwer gehabt, sie kamen an und wussten nicht, wo sie unterkommen können. Bei der organisierten Vertreibung wurden die Menschen auf Haushalte verteilt.

Wie war die Stimmung, als die Sudetendeutschen plötzlich ankamen?

MARLENE GÖMPEL:

Die Angst war groß. Die Menschen sind an Ziel-Bahnhöfen angekommen und dann mit Kuh- und Pferdegespannen oder mit einem Milchauto in ihre zugeteilten Orte gebracht worden. Ich bin damals nach Remsfeld gekommen. Am Schulhof wurden wir

dort abgeladen. Dann kamen die Einwohner und haben geschaut, welche Familie zu ihnen passt.

HORST W. GÖMPEL:

Das ging so weit, dass zum Beispiel verlangt wurde, die Hände vorzuzeigen. Schreibtischtäter wollten die Landwirte natürlich nicht, sondern kräftige Arbeiter.

Wie war denn das Gefälle zwischen Stadt und Land?

MARLENE GÖMPEL:

Die Menschen wurden hauptsächlich auf ländliche Regionen verteilt. Die Städte waren ja zum Teil zerbombt. Vieles lag in Schutt und Asche. Die Dörfer waren in Ordnung und da gab es eben Landwirtschaft. Für die Frauen, deren Männer etwa im Krieg gefallen sind, oder sich noch in Gefangenschaft befanden, waren die Flüchtlinge hilfreich, um die Höfe am Laufen halten zu können. Das waren ideale Arbeitskräfte.

Wie war das Zusammenleben? Gab es auch kulturelle Unterschiede?

MARLENE GÖMPEL:

Das größte Problem war: Katholiken treffen auf Protestanten. In meinem Ort dachten die Menschen, sie werden von einer katholischen Welle überflutet. Später durften die Katholiken die evangelischen Kirchen nutzen. Allmählich gab es dann eine Annäherung. Das hat aber lange gedauert. Problematisch war zum Beispiel, wenn ein Katholik eine Protestantin oder umgekehrt, heiraten wollte. Die Familien haben sich zum Teil gestraubt. Aber die jungen Menschen haben trotzdem immer zueinandergefunden.

Wie hat man letztlich zueinandergefunden?

MARLENE GÖMPEL:



Marlene (77) und Horst W. Gömpel (81) leben in Schwalmstadt. Marlene Gömpel wurde 1942 in Reischdorf, Sudetenland, geboren. Der Diplom-Volkswirt Horst Gömpel stammt aus Schwalmstadt. Für ihre Dokumentation und weit über hundert Vorträge wurden die Eheleute mehrfach ausgezeichnet. (Foto: Manfred Schaakel/Archiv)

Die Menschen haben verstanden, dass die Flüchtlinge sehr fleißige Menschen waren, die sich sofort wieder daran gemacht haben, sich etwas aufzubauen. Allein in dem neu entstandenen Ort Trutzhain gab es ungefähr 100 handwerkliche Betriebe.

HORST W. GÖMPEL:

Die Männer wurden auch im Wegebau integriert und so fanden sie persönlichen Kontakt. Sie haben stark dazu beigetragen, das Land wieder aufzubauen. So haben sie aus der Not heraus zusammengefunden. Auch der Hessentag hat dazu beigetragen, den der damalige Ministerpräsident Georg-August Zinn 1961 genau deswegen ins Leben gerufen hatte. Jedes Jahr ist ein Sudetendeutscher Tag im Programm.

Wie haben Sie sich damals als Flüchtling gefühlt?

MARLENE GÖMPEL:

Als ich später aufs Gymnasium in Homberg ging, ist mir der Unterschied zwischen Arm und Reich richtig deutlich geworden. Wenn ich Schulfreundinnen besucht habe, gab es bei ihnen große Bücherregale, was bei uns zuhause nicht der Fall war. Da war es mir immer ein wenig unangenehm, wenn ich irgendwo meinen Namen und Herkunft sagen musste. Das ist mir schwer über die Lippen gegangen. Ich hatte ein Minderwertigkeitsgefühl. Das ging vielen anderen Flüchtlingen ähnlich. Wir mussten uns die Gleichwertigkeit hart erarbeiten.

Mit freundlicher Genehmigung der HNA (Hessische/Niedersächsische Allgemeine)

... angekommen!

Vertrieben aus dem Sudetenland.

Aufgenommen in Nordhessen.

Vereint in der Europäischen Union.

Verlag: Preußler, H (1. März 2014)

Preis 24,50 € (Porto 1,65 €)

ISBN 978-3-934679-54-2

Horst W. und Marlene Gömpel

Auf der Windmühle 16 · 34613 Schwalmstadt

E-Mail horstgoempel@gmx.de

Web www.mitteuropa.de/angekommen





Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden



Telefon 0611 36019-0
Telefax 0611 36019-22
E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de
www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
www.facebook.com/bdvhessen

BdV-Landesverband

September – Oktober

BdV-Kreisverbände in Hessen

Veranstaltungen zum Tag der Heimat 2020
Ausführliche Terminübersicht siehe Seite 19



13. September 2020

Sudetendeutsche Landsmannschaft – Kreisgruppe Kassel
Gedenkveranstaltung „Flucht, Vertreibung, Deportation“
Hauptfriedhof Kassel
Ehrenmal der Heimatvertriebenen

20. September 2020

BdV-Landesverband Hessen

Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation
Der „Zentrale Tag der Heimat“ wird aufgrund der steigenden Covid-19-Infiziertenzahlen in Hessen abgesagt.
Analog zu anderen virtuellen Projekten wird jedoch ein **virtueller Tag der Heimat** mit Videobotschaften des hessischen Landtagspräsidenten, des hessischen Ministerpräsidenten und des BdV-Landesvorsitzenden auf der BdV-Homepage und auf dem YouTube-Kanal stattfinden.

8. – 10. Oktober 2020

Landsmannschaft Schlesien – Landesgruppe Hessen e.V.
Landeskulturtage
Wiesbaden-Naurod
Wilhelm-Kempff-Haus

17. Oktober 2020

Verband der Siebenbürger Sachsen e.V. – Landesverband Hessen
70 Jahre Landesverband Hessen

21. Okt. – 4. Dez. 2020

„Kann Spuren von Heimat enthalten“
Ausstellung im Haus der Heimat, Wiesbaden
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Donnerstag 10.00 – 17.00 Uhr, Freitag 10.00 – 14.00 Uhr

20. – 22. November

Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.
Internationale Kulturtage „Mare Balticum“
Darmstadt
Haus der Deutsch-Balten

Absender:

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F



Das HAUS SCHLESIEIEN ist ein Zentrum für Kultur und Geschichte Schlesiens in Heisterbacherrott, einem Ortsteil der Stadt Königswinter im nordrhein-westfälischen Rhein-Sieg-Kreis in der Nähe von Bonn. Es besteht aus einem Kultur- und Bildungszentrum mit einer Tagungs- und Begegnungsstätte, dem Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde, einer Präsenzbibliothek, Gastronomie und Gästezimmer. Getragen wird die Einrichtung vom gemeinnützigen Verein HAUS SCHLESIEIEN e.V.

Dokumentations- und Informationszentrum

Das auf Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetz öffentlich geförderte Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) versteht sich als Dienstleister für Wissenschaft und Forschung. Es unterstützt Wissenschaftler, Studierende und andere

Ein Erinnerungs- und Lernort

Interessierte bei ihren Rechercharbeiten. Museum, Bibliothek und Archiv sammeln und bewahren schlesisches Kulturgut.

Das HAUS SCHLESIEIEN zeigt neben einer Dauerausstellung zur schlesischen Kunst, Kultur und Geschichte auch regelmäßig Sonderausstellungen. Im kleinen Ausstellungsraum wird die Geschichte Schlesiens lebendig. Dazu werden Münzen, Medaillen, Karten und Gemälde mit regionalen Ansichten gezeigt, außerdem Trachten und Textilien. Im großen Ausstellungsraum finden Kunstschatze aus fünf Jahrhunderten Platz. So wird schlesische Geschichte anhand von Silberschmiede- und Holzschnitzarbeiten, wertvollen Gläsern und Porzellanen sowie Bunzlauer Keramik deutlich. Im vorderen Bereich des großen Ausstellungsraums werden wechselnde Sonderausstellungen gezeigt.

Herausragende Themen der letzten

Jahre waren: Käthe-Kruse-Puppen, der Literat Joseph Freiherr von Eichendorff, der Baumeister Carl Gotthard Langhans, der Baumeister Ernst Friedrich Zwirner, Porzellane schlesischer Manufakturen sowie der Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann.

Bibliothek und Archiv

HAUS SCHLESIEIEN verfügt über eine Präsenzbibliothek, die allen Nutzern offensteht. Das Sammelgebiet umfasst die historische Region Schlesien sowie die angrenzenden Gebiete. Schwerpunkte bilden Landes- und Ortskunde, Geschichte, Kunst und Kunsthandwerk, Volkskunde, Literatur und Biographien. Nachschlagewerke sowie Adressverzeichnisse ergänzen die Sammlung. Die Bestände der wissenschaftlichen Spezialbibliothek umfassen knapp 30.000 Bucheinheiten, ca. 500 verschiedene Zeitschriften und Periodika sowie über 2.000 Landkarten. Das Archiv beherbergt neben schriftlichen Überlieferungen ein umfangreiches Bildarchiv, das Fotografien, Dias und Graphiken sowie ca. 25.000 Ansichtspostkarten beinhaltet. Hinzu kommen audiovisuelle Medien.

HAUS SCHLESIEIEN Deutsches Kultur- und Bildungszentrum e.V.

Dollendorfer Str. 412 · 53639 Königswinter

Telefon 02244 886-0

E-Mail info@hausschlesien.de

www.hausschlesien.de

www.facebook.com/HausSchlesien

Öffnungszeiten: Museum

Täglich außer montags: 12 – 17 Uhr

Öffnungszeiten: Bibliothek und Archiv

Dienstag – Freitag: 10 – 17 Uhr

Telefon 02244 886233

E-Mail bibliothek@hausschlesien.de

